

Maßnahmenkatalog

Ein weiterer Kernbestandteil des integrierten Klimaschutzkonzeptes ist der Maßnahmenkatalog. Dieser setzt sich aus einzelnen Maßnahmensteckbriefen zusammen die im Rahmen des Konzeptes, sowie durch die Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet wurden.

Die Entwicklung von wirksamen Maßnahmen erfordert die Einbindung vielfältiger Perspektiven und Erfahrungen. Ein partizipativer Ansatz, der die aktive Mitgestaltung durch die Bürger*innen und die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bevölkerung fördert, bietet die besten Voraussetzungen, um nachhaltige und umsetzbare Maßnahmen zu entwickeln. Die Grundlage des Kataloges stützte sich auf vier zentrale Elemente: Bürgerbeteiligung, den Energieforen, Ideen aus direkten Gesprächen im Repair-Café und den Input aus der Verwaltungsarbeit.

So konnten nach und nach die Handlungsfelder und Maßnahmensteckbriefe für die Verbandsgemeinde herausgearbeitet werden. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird die zentrale Aufgabe des Klimaschutzmanagements für die nächsten Jahre sein.

Um die Maßnahmen besser sortieren und einordnen zu können wurden während der Arbeit am Konzept Handlungsfelder definiert. Diese Handlungsfelder erhalten jeweils ein Kürzel mit einer Nummerierung. Dies erleichtert die spätere Orientierung im Konzept und vereinfacht die Kommunikation, wenn von einer bestimmten Maßnahme gesprochen wird.

Die folgenden Handlungsfelder wurden für das Klimaschutzkonzept definiert. Das Handlungsfeld soll das Umfeld für die Wirkung der Maßnahme verdeutlichen.

- Vorbildfunktion der Kommune/ kommunal
- Öffentlichkeitsarbeit
- Energie
- Mobilität
- Klimaanpassung

Die jeweiligen Kürzel, die sich in jedem Maßnahmensteckbrief befinden, sind in der untenstehenden Tabelle aufgeführt.

Tabelle 11: Maßnahmenkürzel

Bezeichnung	Kürzel
Vorbildfunktion der Kommune/ kommunal	VK 1-6
Öffentlichkeitsarbeit	ÖA 1-5
Energie	E 1-3
Mobilität	M 1-3
Klimaanpassung	KA 1-7

Zur besseren Übersicht und Erklärung ist im Folgenden ein Steckbrief mit den Leitfragen des jeweiligen Punktes (blau) als Beispiel eingefügt.

MABNAHMENTITEL

Kürzel

HANDLUNGSFELD BSPW. MOBILITÄT

Umsetzungsintervall

Einmalig Dauerhaft

Start und Dauer

(X – X Jahre)

Priorität

★ ★ ★ ★ ★

Leitziel	Beschreibung des übergeordneten Ziels der Maßnahme.
Ausgangslage	Beschreibung der Ausgangsvoraussetzungen, die in diesem Handlungsfeld in der Kommune oder dem Landkreis bestehen.

Maßnahmenbeschreibung

Erläuternde Darstellung und genaue Ausführung der Maßnahme. Je nach Umfang der Maßnahme kann diese auch bis zu einer Seite lang sein.

Zielgruppe	Wer soll durch die Maßnahme gezielt angesprochen werden? Wer soll durch die Maßnahme bewegt werden, etwas zu tun bzw. sein Verhalten zu ändern?
Initiator/Verantwortung	Wer stößt die Maßnahme an? Wer trägt die Verantwortung für die Umsetzung der Maßnahme?
Akteurinnen & Akteure	Welche Gruppen/Institutionen etc. sind außerdem von der Maßnahme betroffen bzw. an ihr beteiligt?
Handlungsschritte & Meilensteine	1) Handlungsschritt 1 2) Handlungsschritt 2 3) Handlungsschritt 3
Finanzierung & Förderung	▶ Beschreibung der Finanzierung der Maßnahmenkosten (auch unter Angabe der Beteiligung durch Dritte, z. B. durch Contracting, oder Förderung etc.).

Bewertungsfaktoren

Energie- und THG-Einsparpotenziale	<input type="checkbox"/> Direkt <input type="checkbox"/> Indirekt Energie-/THG-Einsparungen, die durch die Umsetzung der Maßnahmen zu erwarten sind (soweit möglich quantitativ, sonst semiquantitativ).
Umsetzungskosten	▶ In welchen Bereichen entstehen Kosten durch die Umsetzung der Maßnahme? ▶ Wie hoch sind die Kosten der Maßnahme?
Personalaufwand	Wie hoch ist der Personalaufwand?

<i>Regionale Wertschöpfung</i>	▶ Angabe des regionalen Wertschöpfungspotenzials.
Flankierende Maßnahmen	Welche Maßnahmen des Konzepts stehen in Verbindung zu dieser Maßnahme?
Hinweise	Hier stehen beispielsweise: Best-Practice-Beispiele zu Projekten anderer Akteure/Regionen, wichtige Empfehlungen, Hemmnisse, Soziale Aspekte (Akzeptanz, Beteiligung) und Ökologische Aspekte

Nach diesem Schema wurden alle Maßnahmensteckbriefe für das integrierte Klimaschutzkonzept der Verbandsgemeinde definiert und ausgearbeitet.

Die folgenden Tabellen bieten eine detaillierte Übersicht aller Maßnahmen, die im Rahmen des Konzepts identifiziert und entwickelt wurden. Die Maßnahmen sind darauf ausgelegt, signifikante Fortschritte im Bereich des Klimaschutzes zu erzielen.

Dort sind sämtliche Maßnahmen zusammengefasst, die in den Maßnahmensteckbriefen des Klimaschutzkonzepts beschrieben sind. Sie dienen als zentrales Werkzeug zur Planung, Organisation und Nachverfolgung der verschiedenen Initiativen, die darauf abzielen, unsere CO₂-Emissionen zu reduzieren und nachhaltige Praktiken zu fördern.

Tabelle 12: Handlungsfeld Vorbildfunktion der Kommune/Kommunal (1-6)

Handlungsfeld	Maßnahme	Kürzel
Vorbildfunktion der Kommune/ kommunal	Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement	VK 1
	Sanierungsfahrplan für kommunale Liegenschaften	VK 2
	Einführung eines kommunalen Energiemanagements	VK 3
	Photovoltaik	VK 4
	Klimaschutzcontrolling	VK 5
	Klimafreundliche Beschaffung	VK 6

Tabelle 13: Handlungsfeld Öffentlichkeitsarbeit (1-5)

Handlungsfeld	Maßnahme	Kürzel
Öffentlichkeitsarbeit	Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit	ÖA 1
	Ausbau der Energieberatung für private Haushalte	ÖA 2
	Klimaschutz in Grundschulen	ÖA 3
	Etablierung eines Wettbewerbes	ÖA 4
	Veranstalten eines Energie-Cafés	ÖA 5

Tabelle 14: Handlungsfeld Energie (1-3)

Handlungsfeld	Maßnahme	Kürzel
Energie	Digitalisierung von Verwaltungsabläufen	E 1
	Bürger(energie)genossenschaften	E 2
	Kläranlage	E 3

Tabelle 15: Handlungsfeld Mobilität (1-3)

Handlungsfeld	Maßnahme	Kürzel
Mobilität	Ausbau der Ladeinfrastruktur	M 1
	Attraktivierung des „ÖPNV“ sowie der Fuß- und Radwege	M 2
	Car-Sharing	M 3

Tabelle 16: Handlungsfeld Klimaanpassung (1-7)

Handlungsfeld	Maßnahme	Kürzel
Klimaanpassung	Flächenentsiegelung	KA 1
	Kataster über Ausgleichsflächen	KA 2
	Netzwerk für (Food-)Sharing Angebote	KA 3
	Lokal und heimisch einkaufen	KA 4
	Betreuung von Maßnahmen aus dem Starkregenkonzept	KA 5
	Verschattungsmaßnahmen	KA 6
	Wasser sparen	KA 7

Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement**VK 1****HANDLUNGSFELD VORBILDFUNKTION DER KOMMUNE/ KOMMUNAL**

Umsetzungsintervall	Start und Dauer	Priorität
<input type="checkbox"/> Einmalig <input checked="" type="checkbox"/> Dauerhaft	Kurzfristig (1-3 Jahre)	★★★★★

Leitziel	Umsetzung der Maßnahmen aus dem Integrierten Klimaschutzkonzept
Ausgangslage	Im Rahmen des Erstvorhabens zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes in der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe sollen die dort erarbeiteten Maßnahmen nun in die Umsetzung gebracht werden

Maßnahmenbeschreibung

Das Klimaschutzmanagement (KSM) der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe ist für die Koordination und Umsetzung der Maßnahmen des integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzeptes verantwortlich. Dabei übernimmt das KSM die Funktion einer zentralen Anlauf- und Koordinationsstelle für Maßnahmen und Projekte in den Bereichen Energie, Klimaschutz und Klimaanpassung, die auf verschiedene Zielgruppen wie Gewerbebetriebe, Kommunen, die Landwirtschaft, Bürger*innen und andere abzielen.

Das nachfolgende Projekt im Bereich Klimaschutzmanagement wird gemäß der Kommunalrichtlinie des BMWK (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) für einen Zeitraum von drei Jahren zu 40 % gefördert. Zu den förderfähigen Kosten gehören neben den Personalkosten auch Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit, Sachkosten, die Unterstützung durch externe Dienstleister sowie die Fort- und Weiterbildung des Klimaschutzmanagements.

Zielgruppe	Bürger*innen der Verbandsgemeinde Verwaltung der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe Die Kommunen
Initiator/Verantwortung	Klimaschutzmanagement Verbandsgemeindeverwaltung
Akteurinnen & Akteure	Privatpersonen Verwaltung Bestimmte Gruppen wie Gewerbetreibende oder Landwirte
Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Beschluss des Anschlussvorhabens 2. Einreichung des Förderantrags 3. Bewilligung des Förderantrags 4. Umsetzung der Maßnahmen aus dem integrierten Klimaschutzkonzept 5. Controlling der umgesetzten Maßnahmen
Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Förderung über das Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement der Kommunalrichtlinie ▶ Förderschwerpunkt 4.1.8 b) ▶ 60 % Eigenanteil der Verbandsgemeinde

Bewertungsfaktoren

<i>Energie- und THG-Einsparpotenziale</i>	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt Energie-/THG-Einsparungen sind hier indirekt durch die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konzept zu erwarten
<i>Umsetzungskosten</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Personalkosten für das Klimaschutzmanagement ▶ Kosten im Rahmen der Ausgaben für die Beauftragung von externen Dienstleistern sowie Sachausgaben in geringem Umfang
<i>Personalaufwand</i>	Schaffung der Personalstelle im Rahmen der Anschlussförderung für die nächsten drei Jahre
<i>Regionale Wertschöpfung</i>	▶ Findet sich ebenfalls indirekt durch die Umsetzung der weiteren Maßnahmen im Konzept wieder
Flankierende Maßnahmen	Alle Maßnahmen im Klimaschutzkonzept sind von dieser Maßnahme betroffen
Hinweise	Der Klimaschutz in der Verbandsgemeinde kann im Zeitraum der Anschlussförderung effektiv aufgebaut und gestaltet werden. Entscheidend ist es, die Maßnahmen zeitnah umzusetzen und die Beteiligung sowie die Information der Öffentlichkeit zu gewährleisten. Die Bürger*innen sollen aktiv in das Geschehen und die Gestaltung im Bereich Klimaschutz hier in der Verbandsgemeinde mit einbezogen werden

Sanierungsfahrplan für kommunale Liegenschaften

VORBILDFUNKTION DER KOMMUNE/ KOMMUNAL

VK 2

Umsetzungsintervall
 Einmalig Dauerhaft
Start und Dauer

Kurzfristig (1-3 Jahre)

Priorität

★★★★★

Leitziel	Beschreibung des übergeordneten Ziels der Maßnahme.
Ausgangslage	Beschreibung der Ausgangsvoraussetzungen, die in diesem Handlungsfeld in der Kommune oder dem Landkreis bestehen.

Maßnahmenbeschreibung

Durch den Sanierungsfahrplan soll ein strategisches und detailliertes Dokument, das die Schritte und Maßnahmen beschreibt, die erforderlich sind, um ein Gebäude energetisch zu sanieren und seinen Energieverbrauch zu reduzieren erstellt werden.

Ziel des Sanierungsfahrplans ist es, eine umfassende Planung für die energetische Modernisierung von Gebäuden zu erstellen, um die Energieeffizienz zu steigern, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und letztlich Kosten zu sparen. Um hier eine gute und genaue Übersicht der Maßnahmen zu erhalten, ist ein aktueller Fahrplan sowie eine Priorisierung der Maßnahmen notwendig. Im Anschluss sollen diese Themen Stück für Stück abgehandelt werden.

Zu den Sanierungen zählt die technische Ausstattung wie Heizungs- oder Lüftungsanlagen und die Hülle der Gebäude, bezogen auf Dächer, Wände und Keller.

Zielgruppe	Verwaltung der Verbandsgemeinde Kommunen
Initiator/Verantwortung	Verbandsgemeindeverwaltung Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Planungsbüro das die Sanierungskonzepte erstellt Handwerker und Baufirmen Beratende Tätigkeiten der Verbraucherzentrale oder der Energieagentur Rheinland-Pfalz
Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ausmachen von sanierungsbedürftigen Liegenschaften 2. Beantragung von Fördermitteln für die Erstellung eines Sanierungsfahrplans 3. Priorisierung der Maßnahmen aus dem Sanierungsplan 4. Umsetzen/ Beauftragen der Maßnahmen
Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bundesfördermittel Förderprogramm „Energieberatung für Nichtwohngebäude nach DIN V 18599“ ▶ Eigenmittel der Verbandsgemeinde ▶ Eigenmittel der Gemeinden

Bewertungsfaktoren

Energie- und THG-Einsparpotenziale	<input checked="" type="checkbox"/> Direkt <input type="checkbox"/> Indirekt Durch die erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen aus dem Sanierungsfahrplan sind direkte Treibhausgaseinsparungen möglich, zum Beispiel durch die Reduzierung der Heizleistung
Umsetzungskosten	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kosten für externe Dienstleister für die Erstellung des Sanierungsfahrplans ▶ Kosten für die Baumaßnahmen
Personalaufwand	Hoch
Regionale Wertschöpfung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Ziel ist es, regionale und lokale Unternehmen in Planung und Bau einzubinden, um die entsprechende Wertschöpfung zu generieren
Flankierende Maßnahmen	VK 3, VK 4, VK 5, ÖA 1
Hinweise	Ein oft genannter Punkt bei der Auftaktveranstaltung des Klimaschutzkonzeptes war die Vorreiterrolle der Kommune. Durch Sanierungsprojekte an öffentlichen Gebäuden entstehen Best-Practice-Beispiele, die als Vorlage dienen können und gut erkennbar, die Motivation der Verbandsgemeinde sowie der Stadt Bacharach und der Ortsgemeinden zeigen, beim Thema Klimaschutz vorne mit dabei zu sein.

Einführung eines kommunalen Energiemanagementsystems VK 3

VORBILDFUNKTION DER KOMMUNE/ KOMMUNAL

Umsetzungsintervall	Start und Dauer	Priorität
<input type="checkbox"/> Einmalig <input checked="" type="checkbox"/> Dauerhaft	Kurzfristig (1-3 Jahre)	★★★★★

Leitziel	Die Implementierung eines kommunalen Energiemanagements
Ausgangslage	Die Maßnahme ist aus der Arbeit an der Erstellung des Konzeptes entstanden. Aktuell gibt es noch kein Energiemanagement oder ein Energiemanagementsystem

Maßnahmenbeschreibung

Die Maßnahme resultiert aus der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes, bei der festgestellt wurde, dass aktuell kein systematisches Energiemanagement in der Verbandsgemeinde existiert. Ein kommunales Energiemanagementsystem wird als notwendig erachtet, um Energieeinsparpotenziale zu identifizieren und zu nutzen. So soll der Endenergieverbrauch reduziert werden.

Die Einführung umfasst die Einrichtung eines zentralen Energiemanagements (Personalstelle), die Schulung von Mitarbeitern in Energiesparmaßnahmen, die Installation von Energiemonitoring- und Steuerungssystemen sowie die regelmäßige Analyse und Optimierung des Energieverbrauchs. Die Daten und Ergebnisse des Managements sollen sauber und übersichtlich aufbereitet werden, um als Anschauungsmaterial Verwendung zu finden.

So können Leitlinien und Handlungsanweisungen für energieeffizientes Verhalten in der Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen entwickelt werden.

Zielgruppe	Mitarbeiter der Verwaltung Mitarbeiter der Ortsgemeinden
Initiator/Verantwortung	Klimaschutzmanagement Verwaltung
Akteurinnen & Akteure	Stadt- und Gemeindeverwaltungen Energiemanager Energieversorger
Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Beantragung der Förderung für den Energiemanager 2. Ausschreibung der Stelle 3. Arbeitsbeginn Energiemanagement 4. Umsetzung von Maßnahmen aus den erstellten Fahrplänen
Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Förderung über die Kommunalrichtlinie unter Förderschwerpunkt 4.1.2 b) ▶ Eigenmittel der Verbandsgemeinde ▶ Umsetzung der Maßnahmen über weitere Bundes- oder Landesfördermittel

Bewertungsfaktoren

<i>Energie- und THG-Einsparpotenziale</i>	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt Durch das Energiemanagement lässt sich nach und nach eine Reduzierung der Energieverbräuche erreichen. Das Einsparpotenzial liegt hier bei rund 10 bis 20 Prozent der Treibhausgasemissionen. Durch gute Öffentlichkeitsarbeit können die Ergebnisse und die Maßnahmen als Anreiz für Privathaushalte dienen
<i>Umsetzungskosten</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Personalkosten für den Energiemanager ▶ Wie hoch sind die Kosten der Maßnahme?
<i>Personalaufwand</i>	Mittel bis hoch (der Arbeitsaufwand ist anfangs deutlich höher) Auf lange Sicht nimmt der Aufwand ab und geht über in ein Monitoring und die Optimierung
<i>Regionale Wertschöpfung</i>	▶ Stärkung der regionalen Wirtschaft durch Aufträge an lokale Dienstleister
Flankierende Maßnahmen	VK2, ÖA 1
Hinweise	Durch ein sauber geführtes Controlling und Management lassen sich Bereiche aufdecken, in denen oft schon mit wenig Aufwand ein großes Potenzial zum Energiesparen steckt

Photovoltaik**VK 4****VORBILDFUNKTION DER KOMMUNE/ KOMMUNAL****Umsetzungsintervall**
 Einmalig Dauerhaft
Start und Dauer

Kurzfristig (1-3 Jahre)

Priorität

★★★★★

Leitziel	Förderung der Nutzung von Photovoltaik (PV) zur Erzeugung von erneuerbarer Energie auf Dächern und in anderen Bereichen der Verbandsgemeinde, um die Energieunabhängigkeit zu erhöhen und die CO ₂ -Emissionen zu senken.
Ausgangslage	In der Verbandsgemeinde sind viele geeignete (Dach-)flächen vorhanden, die bisher nicht für die Installation von Photovoltaikanlagen genutzt werden Ähnlich sieht es auch in anderen Bereichen wie Freiflächen- oder „Agri-PV“ aus

Maßnahmenbeschreibung

Installation von Photovoltaikanlagen auf privaten, öffentlichen und gewerblichen Dächern sowie auf Freiflächen. Information und Sensibilisierung der Bürger und Unternehmen über die Vorteile und Fördermöglichkeiten.

Bei den kommunalen Gebäuden ist eine Bestandsaufnahme der zur Verfügung stehenden Dachflächen nötig. Ergebnis soll ein Kataster mit möglichen Dachflächen sein. Das Kataster bewertet Dächer und Freiflächen hinsichtlich ihrer Eignung, unter Berücksichtigung von Faktoren wie Sonneneinstrahlung, Dachneigung, Verschattung und Tragfähigkeit.

Um die Akzeptanz für das Thema Photovoltaik zu erhöhen, werden gezielte Informationskampagnen durchgeführt. Diese Kampagnen beinhalten lokale Veranstaltungen, Online-Webinare, Informationsbroschüren und Beratung durch Energieagenturen. Die Kampagnen sollen die ökologischen und ökonomischen Vorteile von PV-Anlagen verdeutlichen und über technische Details sowie staatliche und kommunale Förderprogramme informieren.

Durch die Öffentlichkeitsarbeit sollen verschiedene Zielgruppen angesprochen werden, um ein breites Publikum zu erreichen.

Ein weiterer Nebeneffekt soll die Netzwerkfunktion solcher Vorträge sein. Den Bürger*innen werden die Zeit und der Ort gegeben, sich auszutauschen und untereinander Erfahrungsberichte zu teilen.

Begleitend zu dem Kataster soll ein Stufenplan ausgearbeitet werden, der die einzelnen „Photovoltaikarten“ priorisiert. Dadurch sollen alle Bereiche des Ausbaus betrachtet werden und jeweils mit den passenden Veranstaltungen und Informationsvorträgen begleitet werden.

Zielgruppe	Verwaltung Gemeinden Gewerbetreibende und Landwirte Bürger*innen
Initiator/Verantwortung	Klimaschutzmanagement

Akteurinnen & Akteure	Verwaltung Klimaschutzmanagement
Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Erstellung des Katasters für öffentliche Gebäude 2. Organisation von Informationsveranstaltungen und den Möglichkeiten zum Austausch 3. Fördermittel für die Gemeinden akquirieren 4. Über die Förderlandschaft des Landes Rheinland-Pfalz und der des Bundes aufklären
Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Förderprogramme ▶ Genossenschaften ▶ Eigene Mittel der Kommunen ▶ Einspeisevergütung
Bewertungsfaktoren	
Energie- und THG-Einsparpotenziale	<input checked="" type="checkbox"/> Direkt <input type="checkbox"/> Indirekt <p>Durch die Installation von Photovoltaikanlagen können direkt große Mengen Treibhausgase eingespart werden. Entweder in Form der Eigennutzung des Stroms oder dem Einspeisen von grünem Strom ins Netz. Pro erzeugter Kilowattstunde Strom werden rund 690 Gramm Kohlenstoffdioxid* eingespart</p>
Umsetzungskosten	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Planung und Bau der Photovoltaikanlagen ▶ Schaffung der Infrastruktur ▶ Eventuelle Maßnahmen zum „sichtbar“ machen der Anlage wie der Installation eines Bildschirms, der die Kilowattstunden anzeigt, die bereits produziert wurden
Personalaufwand	Mittel
Regionale Wertschöpfung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Sehr hoch. Lokale Firmen erhalten Aufträge für den Bau und die Installation der Anlagen ▶ Bürger*innen profitieren über Genossenschaften von einem Ausbau, in dem sie an den Geldflüssen, die durch den Verkauf des Stromes entstehen, partizipieren können
Flankierende Maßnahmen	E 2, ÖA 2, VK 2
Hinweise	Die Kirche in Winzberg hat bereits eine Photovoltaikanlage auf dem Dach und dient somit als ausgezeichnetes Best-Practice-Beispiel

*<https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/documents/publications/studies/aktuelle-fakten-zur-photovoltaik-in-deutschland.pdf>

Klimaschutzcontrolling

VK 5

VORBILDFUNKTION DER KOMMUNE/ KOMMUNAL

Umsetzungsintervall	Start und Dauer	Priorität
<input type="checkbox"/> Einmalig <input checked="" type="checkbox"/> Dauerhaft	Kurzfristig (1-3 Jahre)	★★★★★

Leitziel	Etablierung eines kontinuierlichen Klimaschutzcontrollings zur Überwachung und Bewertung der Fortschritte und Erfolge der Klimaschutzmaßnahmen
Ausgangslage	Bisher fehlt eine systematische Erfassung und Auswertung der Ergebnisse von Klimaschutzmaßnahmen in der Verbandsgemeinde

Maßnahmenbeschreibung

Das Klimaschutzcontrolling ist eine zentrale Maßnahme, um die Umsetzung und den Erfolg von Klimaschutzstrategien in der Verbandsgemeinde systematisch zu überwachen und zu bewerten. Ziel des Controllings ist es, Transparenz zu schaffen, die Effektivität der Maßnahmen zu überprüfen und deren kontinuierliche Verbesserung zu fördern.

Der erste Punkt ist an dieser Stelle des Klimaschutzcontrollings die Einführung einer strukturierten Berichterstattung. So soll eine regelmäßige Berichterstattung an den Verbandsgemeinderat stattfinden, die jährlich durch Kurzbilanzen und alle 3-5 Jahre durch ausführliche Bilanzen erfolgt. Diese Berichte enthalten eine Bewertung der Fortschritte, Erfolge und Herausforderungen der umgesetzten Maßnahmen. Sie sollen die Wirksamkeit der Maßnahmen anhand festgelegter Indikatoren wie Energieverbrauch, Treibhausgasminderungen und Kosten analysieren und darstellen.

Zweitens beinhaltet das Controlling ein kontinuierliches Monitoring aller im Klimaschutzkonzept enthaltenen Maßnahmen. Dies umfasst die Auswertung von Daten zu Energieverbrauch, Emissionen, Kosten und weiteren relevanten Parametern. Das Monitoring ermöglicht eine zeitnahe Identifikation von Abweichungen und unterstützt die frühzeitige Anpassung oder Optimierung der Maßnahmen.

Für eine effiziente Datenerfassung und -verarbeitung wird ein digitales Datenmanagementsystem eingeführt. Dieses System dient als zentrale Plattform zur Sammlung aller klimarelevanten Daten. Es erleichtert die Berichterstellung, ermöglicht die Visualisierung von Fortschritten und dient als Grundlage für fundierte Entscheidungen zur Anpassung der Klimaschutzstrategie.

Basierend auf den Ergebnissen des Controllings werden die Klimaschutzmaßnahmen regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst. Dies kann die Modifikation bestehender Maßnahmen oder die Neuausrichtung von Prioritäten beinhalten. Ziel ist es, die Klimaschutzziele der Verbandsgemeinde auf Grundlage aktueller Erkenntnisse und Entwicklungen bestmöglich zu erreichen.

Ein weiterer Vorteil der Maßnahme ist die transparente Kommunikation der Controlling-Ergebnisse an die Öffentlichkeit. So können Berichte durch Veröffentlichung auf der Webseite der Verbandsgemeinde oder durch Informationsveranstaltungen bekannt gemacht werden. Dies fördert die Akzeptanz und Beteiligung der Öffentlichkeit an den Klimaschutzaktivitäten.

Zielgruppe	Verwaltung und Verbandsgemeinderat Bürger*innen
Initiator/Verantwortung	Klimaschutzmanagement

Akteurinnen & Akteure	Verwaltung Klimaschutzmanagement
Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Entwicklung und Ausarbeitung eines Datenmanagementsystems 2. Auswertung der Daten 3. Erstellen der Berichte und Grafiken zu den Themen und Sachständen des Klimaschutzes
Finanzierung & Förderung	▶ Mittel aus der Anschlussförderung für externe Dienstleister
Bewertungsfaktoren	
<i>Energie- und THG-Einsparpotenziale</i>	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt Maßnahmen können durch das Controlling optimiert werden und so können diese wiederum zu einer noch höheren Treibhausgaseinsparung beitragen
<i>Umsetzungskosten</i>	▶ Kosten für das Datenmanagementsystems
<i>Personalaufwand</i>	Anfangs hoch Auf Dauer gering bis mittel, durch das stetige Eintragen der Daten verteilt sich die Arbeit
<i>Regionale Wertschöpfung</i>	▶ Je nach Maßnahme die ins Controlling fällt
Flankierende Maßnahmen	Alle Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes die sich in der Umsetzung befinden

Klimafreundliche Beschaffung

VORBILDFUNKTION DER KOMMUNE/ KOMMUNAL

VK 6

Umsetzungsintervall **Start und Dauer** **Priorität**

Einmalig Dauerhaft Kurzfristig (1-3 Jahre) ★★☆☆

Leitziel	Einführung eines Leitfadens zu einer klimafreundlichen Beschaffung in der Verwaltung und bei kommunalen Einrichtungen, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die Nachhaltigkeit zu fördern.
Ausgangslage	Derzeit erfolgt die Beschaffung in der Kommune oft nicht nach der Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaschutzaspekten. Potenziale für klimagerechte Beschaffung werden nicht genutzt

Maßnahmenbeschreibung

Die klimafreundliche Beschaffung zielt darauf ab, den Einkauf und die Vergabe öffentlicher Aufträge in der Kommune so gut es geht an Klimaschutzkriterien auszurichten. Durch die Implementierung und Anwendung umweltfreundlicher und klimaschonender Standards in der Beschaffungspraxis sollen die Treibhausgasemissionen reduziert, Ressourcen geschont und die regionale Wirtschaft gefördert werden.

Ein zentraler Bestandteil der Maßnahme ist die Erstellung eines umfassenden Leitfadens für klimafreundliche Beschaffung, der klare Richtlinien und Kriterien für die Auswahl von Produkten und Dienstleistungen festlegt. Der Leitfaden wird in Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren entwickelt.

Er enthält Vorgaben zur bevorzugten Beschaffung energieeffizienter, langlebiger und recycelbarer Produkte sowie zur Vermeidung klimaschädlicher Materialien. Es werden auch Kriterien für die Auswahl von Lieferanten festgelegt, die klimafreundliche Produktionsmethoden anwenden.

Die klimafreundliche Beschaffung soll dauerhaft in der Verbandsgemeinde verankert werden. Dazu gehört die Integration der Maßnahme in die langfristige Strategie und in die Verwaltungsprozesse. Die regelmäßige Überprüfung der Richtlinien und Prozesse sowie die Anpassung an neue wissenschaftliche Erkenntnisse und technologische Entwicklungen sind ebenfalls zentrale Bestandteile der langfristigen Verankerung.

Durch die umfassende Implementierung dieser Maßnahme soll die Verbandsgemeinde in die Lage versetzt werden, die Klimaschutzziele zu erreichen, ihre Vorbildfunktion als öffentlicher Auftraggeber zu erfüllen und zu einer nachhaltigen und klimagerechten Entwicklung beizutragen.

Zielgruppe	Verwaltung (Mitarbeiter in der Beschaffung)
Initiator/Verantwortung	Verwaltung Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Verwaltung Klimaschutzmanagement

Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Erstellung des Leitfadens mit allen relevanten Stellen 2. Absprache und Anpassung des Leitfadens 3. Einführung des Leitfadens
Bewertungsfaktoren	
<i>Energie- und THG-Einsparpotenziale</i>	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt Indirekte Einsparungen durch die Auswahl energieeffizienter Produkte, Reduzierung von Abfällen, und Vermeidung klimaschädlicher Materialien. So bewirkt die Umstellung von Standardpapier auf Recycling knapp 15% Einsparung an CO2 Emissionen
<i>Umsetzungskosten</i>	▶ Bedingt davon welche Produkte in Zukunft durch klimafreundlichere Alternativen ersetzt werden
<i>Personalaufwand</i>	Mittel
<i>Regionale Wertschöpfung</i>	▶ Je nach Auswahl der neuen Produkte ist diese gegeben. Ziel ist es auch hier bei den Produkten, bei denen es möglich ist, so regional wie möglich zu bestellen und zu kaufen
Flankierende Maßnahmen	ÖA 1

Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

ÖA 1

Umsetzungsintervall
 Einmalig Dauerhaft
Einführung

Kurzfristig (1-3 Jahre)

Priorität

★★★★★

Leitziel	Erhöhung der öffentlichen Wahrnehmung und Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen in der Kommune durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit. Stärkung des Bewusstseins und der Beteiligung der Bürger*innen sowie lokaler Akteure.
Ausgangslage	In der Kommune gibt es bisher nur begrenzte Informationen über umgesetzte, laufende und zukünftige Klimaschutzmaßnahmen. Die Aus- und Überarbeitung der Kommunikation, der Öffentlichkeitsarbeit und der Informationsbereitstellung war einer der meistgenannten Punkte auf der Auftaktveranstaltung zum integrierten Klimaschutzkonzept.

Maßnahmenbeschreibung

Die Öffentlichkeitsarbeit ist ein zentrales Element des Klimaschutzkonzeptes der Kommune, um die Akzeptanz und Beteiligung der Bürger*innen sowie relevanter Akteure zu fördern. Die Maßnahme zielt darauf ab, eine umfassende Kommunikationsstrategie zu entwickeln und umzusetzen, die die Öffentlichkeit regelmäßig und transparent über umgesetzte, aktuelle und geplante Klimaschutzprojekte informiert. Dadurch sollen Fortschritte sichtbar gemacht und die Bevölkerung aktiv einbezogen werden.

Ein wesentlicher Bestandteil ist die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie, die alle relevanten Kanäle und Formate einbezieht, um eine breite Zielgruppe zu erreichen. Dies umfasst die Erstellung von Informationsmaterialien, die die verschiedenen Themenpunkte und Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes verständlich darstellen. Dazu gehören Broschüren, Flyer und digitale Inhalte, die kontinuierlich aktualisiert werden.

Auf der Auftaktveranstaltung wurde deutlich, dass Öffentlichkeitsarbeit in allen Bereichen des Klimaschutzkonzeptes eine wichtige Rolle spielt. Dazu zählen Fachvorträge, Infostände, Informationsabende und spezielle Broschüren für Hauskäufer und -besitzer, um direkt mit den Bürgern in Kontakt zu treten und sie zu informieren. Praktische Aktionen und Wettbewerbe sollen das Interesse und die Teilnahme der Bürger fördern.

Spezifische Gruppen wie Landwirte oder Gewerbetreibende werden direkt angesprochen, um ihre Herausforderungen und Bedürfnisse im Hinblick auf den Klimaschutz zu ermitteln. Multiplikatoren aus der Bevölkerung oder lokalen Organisationen werden gesucht, um als Vorbilder zu dienen und die Akzeptanz der Maßnahmen zu erhöhen.

Durch diese Maßnahmen wird eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit etabliert, die die Bürger*innen sowie alle relevanten Akteure in den Klimaschutzprozess einbindet, informiert und motiviert. Ziel ist es, die Unterstützung für die Klimaschutzmaßnahmen zu stärken und eine aktive Beteiligung der gesamten Kommune zu fördern.

Zielgruppe	Bürger*innen Verwaltung Gemeinden Spezifische Gruppen
Initiator/Verantwortung	Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Verwaltung Klimaschutzmanagement
Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Entwicklung einer Kommunikationsstrategie 2. Anwenden der Strategie und Erweiterung der Öffentlichkeitsarbeit 3. Stetige Anpassung sowie das etablieren von gut funktionierenden Formaten
Finanzierung & Förderung	▶ Fördermittel für einen externen Dienstleister
Bewertungsfaktoren	
Energie- und THG-Einsparpotenziale	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt Indirekte Einsparungen durch erhöhte Sensibilisierung und Verhaltensänderungen
Umsetzungskosten	▶ Kosten für Printmedien im Rahmen der Erstellung von Flyern und Broschüren ▶ Kosten für Veranstaltungen, beispielsweise durch externe Referenten
Personalaufwand	Hoch
Regionale Wertschöpfung	▶ Lokale Firmen profitieren durch eine gesteigerte Sensibilität, beispielsweise beim Kauf von regionalen und saisonalen Lebensmitteln
Flankierende Maßnahmen	Alle Maßnahmen des integrierten Klimaschutzkonzeptes

Ausbau der (Energie-)Beratung für Private Haushalte

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

ÖA 2

Umsetzungsintervall **Start und Dauer** **Priorität**
 Einmalig Dauerhaft Kurzfristig (1-3 Jahre) ★★★★★

Leitziel	Beratungsangebote der Bürger*innen innerhalb der Verbandsgemeinde verbessern
Ausgangslage	Ab und zu finden bereits Vorträge der Verbraucherzentrale in den Ortsgemeinden oder der Stadt Bacharach statt. Bei der Auftaktveranstaltung in Waldalgesheim wurde sich jedoch ein regelmäßigeres und breiteres Beratungsangebot gewünscht

Maßnahmenbeschreibung

Die Maßnahme zielt darauf ab, die Bürger*innen der Verbandsgemeinde umfassend und zielgerichtet zu den Themen Energieeffizienz, erneuerbare Energien und weiteren relevanten Umwelt- und Klimaschutzthemen zu informieren und zu beraten. Ziel ist es, das Bewusstsein für nachhaltige Energiepraktiken zu schärfen, den Einsatz erneuerbarer Energien zu fördern und die Bürger zu unterstützen, ihre persönlichen Klima- und Umweltziele zu erreichen.

Informationen bzw. Vorträge zu den folgenden Themengebieten wurden als Überlegung geäußert -> Dämmung, Zisternen, Warmwasseraufbereitung, Photovoltaik, Solarthermie, Heizsystemen und Förderprogrammen.

Neben den Vortragsformaten soll auch die Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale ausgeweitet werden um dort ein eigenes, wöchentlich besetztes Energieberatungsbüro auf dem Gebiet der Verbandsgemeinde ins Leben zu rufen.

Durch die regelmäßigen Vorträge soll zudem die Zusammenarbeit mit lokalen Handwerkern und anderen Fachleuten gestärkt werden. So kann zum Beispiel auch ein Installateur auf einem dazu passenden Vortrag ein wenig aus seinem Alltag schildern, um direkt einen Praxisbezug herzustellen.

Zielgruppe	Bürger*innen Gewerbtreibende und Landwirte Vereine Kommunen
Initiator/Verantwortung	Klimaschutzmanagement Verwaltung
Akteurinnen & Akteure	Verwaltung Klimaschutzmanagement Gewerbtreibende

Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ausarbeiten eines Angebots an verschiedenen Vortragsmöglichkeiten 2. Abfragen bei welchen Themen das meiste Interesse herrscht 3. Vortragsthemen priorisieren 4. Vorträge abhalten 5. Eröffnung einer Möglichkeit innerhalb der Verbandsgemeinde die Energieberatung der Verbraucherzentrale in Kauf zu nehmen
Finanzierung & Förderung	▶ Eigene Mittel
Bewertungsfaktoren	
<i>Energie- und THG-Einsparpotenziale</i>	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt <p>Die Treibhausgaseinsparung lässt sich im Voraus nicht einschätzen, da es stark davon abhängt welche Maßnahmen von den Bürger*innen im Anschluss umgesetzt werden</p>
<i>Umsetzungskosten</i>	▶ Eventuelle Raummieten oder Kosten für die Referenten
<i>Personalaufwand</i>	Niedrig
<i>Regionale Wertschöpfung</i>	▶ Durch das Einbinden lokaler Handwerker und Gewerbetreibender soll eine regionale Wertschöpfung entstehen
Flankierende Maßnahmen	ÖA 1
Hinweise	

Klimaschutz in Grundschulen

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

ÖA 3

Umsetzungsintervall	Start und Dauer	Priorität
<input checked="" type="checkbox"/> Einmalig <input type="checkbox"/> Dauerhaft	Mittelfristig (3-5 Jahre)	★★★★★

Leitziel	Projekte, Wettbewerbe und Arbeitsgruppen im Rahmen des Unterrichts zu entwickeln die die Thematik Klimaschutz und Klimaanpassung beinhalten
Ausgangslage	Schülerinnen und Schüler sollen für den Klimaschutz und die Klimawandelanpassung sensibilisiert werden. Durch die Projekte kann diese Sensibilisierung in ein altersgerechtes Format gepackt werden

Maßnahmenbeschreibung

Klimaschutz an Grundschulen ist von entscheidender Bedeutung, um frühzeitig ein Bewusstsein für Umwelt- und Klimafragen zu schaffen und nachhaltiges Verhalten zu fördern. Die Integration von Klimaschutzthemen in den Schulalltag kann auf vielfältige und altersgerechte Weise erfolgen, um Kinder spielerisch und verständlich an das Thema heranzuführen.

Im Rahmen des Klimaschutzkonzepts soll eine Reihe von Maßnahmen entwickelt werden, um Grundschüler für Umwelt- und Klimafragen zu sensibilisieren. Der Ansatz basiert auf einem umfassenden Programm, das auf die Bedürfnisse und das Verständnis von Kindern in diesem Alter zugeschnitten ist. Ziel ist es, die Kinder nicht nur über die Bedeutung des Klimaschutzes aufzuklären, sondern ihnen auch konkrete Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie selbst einen Beitrag leisten können.

Ein wichtiger Bestandteil der Maßnahmen ist die Einführung von Schulprojekten und Wettbewerben, die die Schüler motivieren sollen, eigene Ideen für den Klimaschutz zu entwickeln. Durch die Arbeit an Projekten, wie dem Entwurf eines „grünen“ Schulhofs oder der Organisation einer umweltbewussten Schulveranstaltung, können die Kinder ihre Kreativität einsetzen und konkrete Maßnahmen für ihre Schule erarbeiten. Wettbewerbe fördern zusätzlich das Engagement der Schüler und stärken das Gemeinschaftsgefühl.

Oft gibt es bereits bestehende Strukturen in diesem Bereich beim Thema Umweltschutz. Wenn dies der Fall ist, bieten sich häufig optimale Möglichkeiten, dort anzuknüpfen und den Klimaschutz mit in die Themen einzuarbeiten. Hier sind die Voraussetzungen von Grundschule zu Grundschule unterschiedlich und es ist wichtig, die Themen und Angebote genau auf die Bedürfnisse vor Ort anzupassen.

Fall sich die Umsetzung in der Schule schwierig gestaltet können auch „Mitmach-Tage“ außerhalb der Schule organisiert werden. Ähnlich dem Vorbild des „Dreck-weg-Tages“ gab es auf der Auftaktveranstaltung die Idee für einen „Entsiegelungstag“ oder dem Arbeiten um freischneiden eines kleinen Stückes eines Bachlaufes.

Im Anschluss an solche Aktionen können mit den Kindern zusammen Schilder und Hinweistafeln erstellt werden, die die bearbeitete Stelle ausweisen und deutlich machen, was hier von wem geleistet wurde.

Zielgruppe	Schülerinnen und Schüler Lehrpersonal an den Grundschulen
-------------------	--------------------------------------------------------------

Initiator/Verantwortung	Klimaschutzmanagement Schulleitung
Akteurinnen & Akteure	Schülerinnen und Schüler Lehrpersonal Klimaschutzmanagement
Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Kontakt mit den Grundschulen aufbauen, Themen und Ideen vorstellen 2. Spezifische Angebote entwickeln 3. Workshops und Projekte umsetzen 4. Auswertung über den Erfolg der Arbeit dort
Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Förderprogramme ▶ Eigene Mittel
Bewertungsfaktoren	
Energie- und THG-Einsparpotenziale	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt Es kann im Voraus nicht abgeschätzt werden wie viel die Kinder von den Maßnahmen und Themen mitnehmen
Umsetzungskosten	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bastelmaterialien ▶ Saatgut
Personalaufwand	Mittel
Regionale Wertschöpfung	▶ Qualitative Angabe des regionalen Wertschöpfungspotenzials.
Flankierende Maßnahmen	Welche Maßnahmen des Konzepts stehen in Verbindung zu dieser Maßnahme?
Hinweise	Hier stehen beispielsweise: Best-Practice-Beispiele zu Projekten anderer Akteure/Regionen, wichtige Empfehlungen, Hemmnisse, Soziale Aspekte (Akzeptanz, Beteiligung) und Ökologische Aspekte (Naturschutz, Ressourcenverbrauch)

Etablierung eines Wettbewerbs

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

ÖA 4

Umsetzungsintervall
 Einmalig Dauerhaft
Start und Dauer

Kurzfristig (1-3 Jahre)

Priorität

★★★★

Leitziel	Etablierung eines (Klima-)Wettbewerbes
Ausgangslage	Bürger*innen sollen durch ein Wettbewerbsformat zum Klimaschutz animiert werden. Der Gedanke einen „Wettkampfes“ wurde bei der Auftaktveranstaltung angesprochen. So soll der Ehrgeiz geweckt werden, sich intensiv mit dem Thema zu beschäftigen

Maßnahmenbeschreibung

Klimaschutz ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit, die auf allen Ebenen der Gesellschaft angegangen werden muss. Neben Aktionen in den Grundschulen soll auch auf Ebene der Verbandsgemeinde ein Wettbewerb ins Leben gerufen werden, der Bürger*innen sowie Vereine dazu motiviert, sich aktiv für den Klimaschutz einzusetzen. Ziel des Wettbewerbs ist es, ein breites Bewusstsein für Umwelt- und Klimafragen zu schaffen und nachhaltiges Verhalten zu fördern.

Der Wettbewerb soll auf vielfältige und kreative Weise dazu anregen, sich mit Klimaschutzthemen auseinanderzusetzen. Um dieses Vorhaben erfolgreich umzusetzen, wird zunächst intern ein Ideenfindungsprozess gestartet, in dem verschiedene Formate für den Wettbewerb erarbeitet und diskutiert werden. Ziel ist es, ein attraktives und motivierendes Wettbewerbsformat zu entwickeln, das möglichst viele Menschen in der Verbandsgemeinde zur Teilnahme anregt.

Parallel dazu wird ein Katalog mit Bewertungskriterien erstellt, der die Grundlage für die Beurteilung bildet. Diese Kriterien sollen sicherstellen, dass alle Beiträge fair und transparent bewertet werden können. Der Katalog wird in enger Abstimmung mit den relevanten Akteuren entwickelt, um sicherzustellen, dass die Maßstäbe klar, nachvollziehbar und für alle Beteiligten verbindlich sind.

Sobald das Wettbewerbsformat festgelegt und die Bewertungskriterien definiert sind, beginnt die Werbekampagne für den Wettbewerb. So soll das Interesse und die Begeisterung der Zielgruppen geweckt werden.

Im nächsten Schritt wird eine Jury zusammengestellt, die die Bewertung übernimmt. Diese soll möglichst bunt gemischt zusammengestellt werden.

Nach der Bewertung der Projekte durch die Jury erfolgt die Siegerehrung. Diese Veranstaltung bietet nicht nur die Möglichkeit, die besten Initiativen zu würdigen, sondern auch die Beteiligten für ihr Engagement zu ehren.

Zielgruppe	Bürger*innen Vereine
Initiator/Verantwortung	Verwaltung Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Bürger*innen Verwaltung

Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Wettbewerbsideen ausloten und abstimmen 2. Bewertungskriterien festlegen/ Jury zusammenstellen 3. Wettbewerb durchführen 4. Siegerehrung 5. Feedback einholen
Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Eigene Mittel ▶ Akquirieren von Sponsoren für die Preisverleihung
Bewertungsfaktoren	
Energie- und THG-Einsparpotenziale	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt <p>Der Wettbewerb soll Anreize schaffen und diese sollen über die Wettbewerbszeit hinaus beibehalten werden (Beispiel „Naturnahe Gärten“ -> der Garten wird das ganze Jahr über naturnah gepflegt und leistet somit einen großen Beitrag zur Klimaanpassung)</p>
Umsetzungskosten	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Personalaufwand ▶ (Kosten für Preise)
Personalaufwand	Niedrig -> Klimaschutzmanagement und Jury
Regionale Wertschöpfung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hoch. Lokale Firmen können sich als Sponsoren bekannter machen und so neue Kunden gewinnen. Außerdem wird die Netzwerkarbeit gestärkt
Flankierende Maßnahmen	ÖA 3, VK 5, VK 6, ÖA 1
Hinweise	Der Wettbewerbsgedanke soll einen besonderen Anreiz bieten sich Mühe zu geben. Diese Maßnahme kann auch gut mit Maßnahme „ÖA 3“ verbunden werden, beziehungsweise können Abläufe übernommen werden

Energie-Café

HANDLUNGSFELD ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

ÖA 5

Umsetzungsintervall
 Einmalig Dauerhaft
Start und Dauer

Kurzfristig (1-3 Jahre)

Priorität

★★★★★

Leitziel	Organisation und Etablierung eines Energie-Cafés
Ausgangslage	Die Idee des Repair-Cafés zeigt, wie gut solche Angebote angenommen werden. Die Weiterentwicklung einer parallelen Veranstaltung, die sich mit energetischen Themen beschäftigt soll Inspiration bieten, sowie die Möglichkeit schaffen, sich auszutauschen und zu netzwerken. Die Idee für das Café entstand beim zweiten Energieforum in Bacharach

Maßnahmenbeschreibung

Das geplante Energie-Café zielt darauf ab, ein ähnliches Format wie das Repair-Café aber für energetische Themen zu etablieren. Diese Veranstaltung soll eine Plattform bieten, auf der Bürger*innen sich über Themen wie Energieeffizienz, erneuerbare Energien und nachhaltige Energienutzung informieren und austauschen können. Sie dient als Inspirationsquelle und bietet gleichzeitig die Möglichkeit, Netzwerke zu knüpfen und Synergien zu schaffen. Das Energie-Café ist offen für alle interessierten Bürger*innen und richtet sich sowohl an Privatpersonen als auch an Vertreter von Kommunen und lokale Akteure. Der zeitliche Rahmen ist zunächst auf eine Veranstaltung pro halbes Jahr gesetzt.

Die Organisation des Energie-Cafés erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst werden relevante Themenschwerpunkte ermittelt, die die Grundlage für die Veranstaltung bilden. Auf Basis dieser Themen werden Leitfragen entwickelt, die den Austausch und die Diskussion während des Cafés strukturieren und vertiefen sollen. Die Organisation umfasst die Auswahl eines geeigneten Veranstaltungsortes, die Einladung von Referenten und Impulsgebern sowie die Bereitstellung von Verpflegung für die Teilnehmenden. Nach der Durchführung des Energie-Cafés wird die Veranstaltung durch gesammeltes Feedback analysiert, um Optimierungspotenziale zu identifizieren und für zukünftige Veranstaltungen zu nutzen.

Durch Vertreter lokaler Firmen die Erlebnisse und Probleme aus ihrem Arbeitsalltag schildern, soll die Veranstaltung abgerundet werden.

Ziel ist es, einen offenen und zwanglosen Austausch zu ermöglichen.

Zielgruppe	Bürger*innen
Initiator/Verantwortung	Klimaschutzmanagement Kommunen
Akteurinnen & Akteure	Kommunen Privatpersonen Klimaschutzmanagement

Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ermittlung von Themenschwerpunkten 2. Entwicklung von Leitfragen 3. Organisation des Energie-Cafés 4. Optimierung der Veranstaltung durch Feedback
Finanzierung & Förderung	▶ Eigene Mittel
Bewertungsfaktoren	
<i>Energie- und THG-Einsparpotenziale</i>	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt Die Treibhausgaseinsparung entsteht über die Umsetzung der Maßnahmen, die durch die Impulse des Cafés mitgegeben werden und lässt sich daher im Voraus schwer abschätzen
<i>Umsetzungskosten</i>	▶ Personalkosten ▶ Kosten für „Verpflegung“ ▶ Eventuelle Honorare für externe Referenten oder Impulsgeber
<i>Personalaufwand</i>	Hoch
<i>Regionale Wertschöpfung</i>	▶ Hoch ▶ Lokale Firmen können im Rahmen des Energie-Cafés direkt mit den Bürger*innen ins Gespräch kommen
Flankierende Maßnahmen	ÖA 1, ÖA 2
Hinweise	Best-Practice-Beispiel ist das bereits stattfindende Repair-Café in der Verbandsgemeinde

Digitalisierung von Verwaltungsabläufen

HANDLUNGSFELD ENERGIE

E 1

Umsetzungsintervall **Start und Dauer** **Priorität**
 Einmalig Dauerhaft Kurzfristig (1-3 Jahre) ★★☆☆

Leitziel	Digitalisierung von Verwaltungsabläufe und die Einführung eines digitalen Dokumentenmanagementsystems
Ausgangslage	Maßnahme entstand im Zuge der Arbeit am Konzept. Der Verbrauch an Papier soll deutlich reduziert werden

Maßnahmenbeschreibung

Die Einführung eines digitalen Dokumentenmanagementsystems (DMS) zielt auf die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe innerhalb der Verbandsgemeinde und ihrer Ortsgemeinden ab. Diese Maßnahme wurde im Zuge der Arbeiten am Konzept entwickelt und soll den Papierverbrauch in der Verwaltung erheblich reduzieren. Durch die Umstellung auf digitale Dokumentenprozesse können nicht nur Kosten gesenkt, sondern auch die Umwelt durch die Einsparung von Papier, Toner und Verpackungsmaterialien entlastet werden. Diese indirekten Treibhausgaseinsparungen tragen langfristig zur Erreichung der Klimaziele bei.

Um das geeignete digitale Dokumentenmanagementsystem zu finden, wird zunächst eine umfassende Marktanalyse durchgeführt. In enger Zusammenarbeit mit dem Digitalisierungsbeauftragten soll eine Liste potenzieller Systeme erstellt werden, die den spezifischen Anforderungen der Verbandsgemeinde gerecht werden. Dabei werden auch Best-Practice-Beispiele und erfolgreiche Implementierungen aus anderen Verwaltungen herangezogen und analysiert, um eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu schaffen.

Nach Auswahl eines geeigneten Systems erfolgt die öffentliche Ausschreibung, um Angebote von Dienstleistern einzuholen. Daraufhin wird das ausgewählte System eingeführt und die Mitarbeitenden der Verwaltung mit dessen Nutzung vertraut gemacht. Während des gesamten Prozesses wird großer Wert auf eine enge Zusammenarbeit zwischen den Akteuren gelegt, um eine reibungslose Implementierung zu gewährleisten.

Zielgruppe	Verwaltung der Verbandsgemeinde und der Ortsgemeinden
Initiator/Verantwortung	Verwaltung Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Verwaltung Digitalisierungsbeauftragter Klimaschutzmanagement
Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Suche nach einem umfassenden digitalen Dokumentenmanagementsystems 2. Ausschreibung des passenden Systems 3. Einholung von Angeboten 4. Einführung des Systems

Finanzierung & Förderung	▶ Haushaltsmittel der Kommune
Bewertungsfaktoren	
<i>Energie- und THG-Einsparpotenziale</i>	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt <p>Auch diese Maßnahme erzielt indirekte Treibhausgaseinsparungen durch die Reduzierung des Verbrauches bei Materialien wie Papier, Tonern oder Verpackungen.</p> <p>Pro vermiedenem beziehungsweise bedrucktem Blatt Papier lassen sich zwischen 40 und 50 Gramm CO₂e einsparen. Bei 1000 Seiten sind das zwischen 40 und 50 Kilogramm</p>
<i>Umsetzungskosten</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Personalkosten intern für die vorbereitenden Maßnahmen ▶ Vermutliche monatliche Raten zur Nutzung des Systems
<i>Personalaufwand</i>	Gering

Bürgerenergiegenossenschaften
HANDLUNGSFELD ENERGIE

E 2

Umsetzungsintervall	Start und Dauer	Priorität
<input type="checkbox"/> Einmalig <input checked="" type="checkbox"/> Dauerhaft	Kurzfristig (1-3 Jahre)	★★★★★

Leitziel	Gründung einer Bürger(energie)genossenschaft
Ausgangslage	Maßnahme resultiert aus 2. Energieforum in Bacharach und der Auftaktveranstaltung

Maßnahmenbeschreibung

Die Gründung einer Genossenschaft oder die Eröffnung einer Zweigstelle einer bereits bestehenden Genossenschaft bietet eine vielversprechende Möglichkeit, gemeinschaftliches Handeln und wirtschaftliche Selbsthilfe in der Verbandsgemeinde zu fördern. Das Ziel dieser Maßnahme ist es, Bürger*innen zu motivieren, sich aktiv an der Gestaltung ihrer lokalen Wirtschaft zu beteiligen und gemeinschaftliche Projekte umzusetzen, die den lokalen Bedarf decken und zur nachhaltigen Entwicklung der Verbandsgemeinde beitragen.

Der erste Schritt in diesem Prozess besteht darin, die Idee zur Gründung einer Genossenschaft anzustoßen und das Interesse in der Bevölkerung zu wecken. Hierzu wird ein Bürgerbeteiligungsverfahren eingeleitet, bei dem gezielt Bürgertreffen organisiert werden. Diese Treffen dienen als Plattform, um potenzielle Mitglieder anzusprechen, die Interesse an der Genossenschaft haben und bereit sind, sich an ihrer Gründung und ihrem Betrieb zu beteiligen. Während der Treffen werden die Vorteile einer Genossenschaft, mögliche Geschäftsfelder sowie Beispiele erfolgreicher Genossenschaften vorgestellt, um den Bürger*innen einen umfassenden Einblick in die Möglichkeiten und Chancen zu geben.

Nach der Initialphase wird die Infrastruktur für die Arbeit der Genossenschaft bereitgestellt. Dazu gehört die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten, in denen sich die Mitglieder der Genossenschaft treffen, arbeiten und ihre Tätigkeiten planen können. Diese Räumlichkeiten sollen gut erreichbar und mit grundlegenden Einrichtungen ausgestattet sein, um die Arbeit der Genossenschaft zu unterstützen.

Durch die Bereitstellung dieser grundlegenden Infrastruktur wird sichergestellt, dass die Genossenschaft optimal arbeiten kann und die beteiligten Bürger*innen alle notwendigen Ressourcen haben, um ihre Ziele zu verwirklichen. Diese Maßnahme soll die Entstehung einer dynamischen, von der Gemeinschaft getragenen Organisation fördern, die langfristig einen positiven Beitrag zur lokalen Entwicklung und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Gemeinde leisten kann.

Zielgruppe	Bürger*innen Vereine
Initiator/Verantwortung	Verwaltung Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Bürger*innen Klimaschutzmanagement Kommunen

Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Organisation von Fachvorträgen zum Thema 2. Abfrage wer Interesse hat bei einer Gründung mitzuwirken 3. Vertiefung der Thematik mit den Interessierten 4. Gründung der Zweigstelle oder der Genossenschaft 5. Umsetzung erster Projekte
Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Sponsoring ▶ Privatpersonen
Bewertungsfaktoren	
<i>Energie- und THG-Einsparpotenziale</i>	<input checked="" type="checkbox"/> Direkt <input type="checkbox"/> Indirekt Durch Maßnahmen, die die Genossenschaft umsetzt, können direkte Treibhausgaseinsparungen erzielt werden
<i>Umsetzungskosten</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Geringe Kosten für die Kommunen ▶ Räumlichkeiten für die Treffen zur Verfügung stellen ▶ Interne Personalaufwand für die Umsetzung (am Anfang)
<i>Personalaufwand</i>	Mittel
<i>Regionale Wertschöpfung</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ 100 % durch Partizipation der Genossenschaftsmitgliedern an Gewinnen
Flankierende Maßnahmen	VK 4
Hinweise	Genossenschaften haben ein sehr großes, lokales Wertschöpfungspotenzial. Die Mitglieder setzen sich aktiv mit Themen wie den Erneuerbaren Energien auseinander und partizipieren zusätzlich noch an den Gewinnen. Das steigert die Motivation sich auch im häuslichen Umfeld mit der Thematik auseinander zu setzen.

Kläranlage**E 3****HANDLUNGSFELD ENERGIE****Umsetzungsintervall**
 Einmalig Dauerhaft
Start und Dauer

Mittelfristig (3-5 Jahre)

Priorität

★★★★

Leitziel	Verminderung des Energieverbrauchs der Kläranlage
Ausgangslage	Durch ein Gespräch mit dem Werksleiter der Verbandsgemeindewerke entstand die Idee, den hohen Energieverbrauch der Kläranlage in Bacharach mit grüner Energie abzumildern. Die Idee entstand während der Arbeit am Klimaschutzkonzept

Maßnahmenbeschreibung

Die Kläranlage in der Verbandsgemeinde in Bacharach ist ein wesentlicher Energieverbraucher, dessen Betriebskosten und CO₂-Emissionen erheblich sind. Im Zuge der Arbeiten am Klimaschutzkonzept wurde gemeinsam mit dem Werksleiter der Verbandsgemeindewerke die Idee entwickelt, den hohen Energieverbrauch der Kläranlage durch die Nutzung grüner Energie und Energieeffizienzmaßnahmen zu reduzieren. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Umweltbelastung zu verringern und die Betriebskosten der Kläranlage durch eine nachhaltige Energieversorgung zu senken.

Die geplante Maßnahme sieht vor, Lösungen zu erarbeiten, um den Strombedarf der Kläranlage durch Eigenproduktion vor Ort teilweise zu decken und so den Verbrauch von konventioneller Energie zu reduzieren. Ein erster Schritt besteht in der Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Gelände der Kläranlage. Diese Anlage soll einen Teil des Strombedarfs der Kläranlage durch Solarenergie abdecken und dadurch den Verbrauch fossiler Energieträger reduzieren. Darüber hinaus wird die bestehende Beleuchtung auf energieeffiziente LED-Technik umgerüstet, was ebenfalls zu einer Senkung des Energieverbrauchs beiträgt.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt in mehreren Phasen. Zunächst werden geeignete Lösungen für die Eigenproduktion von Strom und weitere Energieeinsparpotenziale erarbeitet und bewertet. Anschließend werden die Maßnahmen schrittweise umgesetzt, wobei die Installation der Photovoltaikanlage und die Umrüstung der Beleuchtung als erste Schritte vorgesehen sind. Nach jeder Maßnahme erfolgt eine Kontrolle und Bewertung des Energieverbrauchs, um die erzielten Einsparungen zu quantifizieren und den Erfolg der Maßnahmen zu überprüfen. Die prognostizierte Treibhausgaseinsparung durch diese Maßnahmen liegt bei rund 53,1 Tonnen CO₂ pro Jahr (bezogen auf Photovoltaikanlage und Umrüstung der Beleuchtung).

Es sollen Fördermittel auf Landes- oder Bundesebene geprüft und beantragt werden, um die Investitionskosten zu reduzieren.

Zielgruppe	Verbandsgemeindewerke
Initiator/Verantwortung	Verbandsgemeindewerke Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Verbandsgemeinde Verbandsgemeindewerke

Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Erarbeitung von Lösungen, um Strom vor Ort selbst zu produzieren und zu nutzen 2. Schrittweise Umsetzungen der Maßnahmen 3. Kontrolle des Energieverbrauches vor und nach der jeweiligen Maßnahme
Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Wirtschaftsplan des Abwasserwerks ▶ Förderungen
Bewertungsfaktoren	
Energie- und THG-Einsparpotenziale	<input checked="" type="checkbox"/> Direkt <input type="checkbox"/> Indirekt <p>Bei den Maßnahmen, die für die Kläranlage ausgearbeitet werden sollen, handelt es sich um konkrete Punkte, die nach der Umsetzung auch direkt zur Treibhausgaseinsparung beitragen sollen. Im Voraus wurde bereits über eine Solaranlage sowie die Umrüstung der Beleuchtung gesprochen. Hier beträgt die prognostizierte Treibhausgaseinsparung 53,1 Tonnen jährlich</p>
Umsetzungskosten	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kosten entstehen für die Photovoltaikanlage als solche sowie den Bau ▶ Die Umrüstung der Beleuchtung ▶ Weitere Maßnahmen die noch geprüft werden müssen
Personalaufwand	Gering
Regionale Wertschöpfung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hoch (die Abwasserwerke können durch die eigene Erzeugung von Energie sowie die Optimierungsarbeiten erhebliche Kosten sparen)
Flankierende Maßnahmen	VK 4, ÖA 1, E2
Hinweise	Kläranlagen sind sehr energieintensiv, daher sollten gerade hier die richtigen Schritte geachtet werden, um aktiv Energie einsparen zu können und somit auch die Kosten im laufenden Betrieb für die Kommune zu reduzieren

Ausbau der Ladeinfrastruktur

HANDLUNGSFELD MOBILITÄT

M 1

<i>Umsetzungsintervall</i>	<i>Start und Dauer</i>	<i>Priorität</i>
<input type="checkbox"/> Einmalig <input checked="" type="checkbox"/> Dauerhaft	Kurzfristig (1-3 Jahre)	★★★★★

Leitziel	Nutzung Flächentool und Gewinnen von Investoren für den Ausbau der Ladeinfrastruktur
Ausgangslage	Es wurden bereits erste Ladesäulen in den vergangenen Jahren errichtet, allerdings soll die Anzahl weiter gesteigert werden

Maßnahmenbeschreibung

Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge ist ein entscheidender Schritt, um die Elektromobilität in der Verbandsgemeinde zu fördern und die Umstellung auf eine umweltfreundlichere Mobilität zu unterstützen. Im Rahmen des Klimaschutzkonzepts der Verbandsgemeinde soll ein flächendeckendes Netz von öffentlich zugänglichen Ladepunkten entstehen, das es den Bürger*innen ermöglicht, ihre Elektrofahrzeuge bequem und zuverlässig zu laden. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Akzeptanz und Nutzung von Elektrofahrzeugen zu steigern, die lokale Luftqualität zu verbessern und die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor nachhaltig zu reduzieren.

Um diese Ziele zu erreichen, sollen geeignete Standorte für die Installation von Ladesäulen festgelegt werden, die zentral und gut zugänglich sind. Hierzu zählen öffentliche Parkplätze, zentrale Plätze, Freizeiteinrichtungen und Verkehrsknotenpunkte. Die Standorte sollen so gewählt werden, dass sie den unterschiedlichen Anforderungen der Nutzergruppen gerecht werden und eine breite Abdeckung gewährleisten.

Parallel zur Standortplanung wird die Finanzierung des Ausbaus der Ladeinfrastruktur gesichert. Hierfür werden Fördermittel von Landes- und Bundesprogrammen sowie europäische Zuschüsse in Anspruch genommen, um die Investitionskosten für die Verbandsgemeinde zu minimieren. Darüber hinaus wird die Möglichkeit geprüft Unternehmen als Partner zu gewinnen, um die Ladeinfrastruktur in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand auszubauen.

Nach der Festlegung der Standorte und der Sicherstellung der Finanzierung erfolgt die Ausschreibung der erforderlichen Leistungen. Dabei werden geeignete Anbieter für die Lieferung, Installation und den Betrieb der Ladeinfrastruktur ausgewählt. Es soll darauf geachtet werden, sowohl Schnellladestationen für kurze Ladezeiten (zum Beispiel entlang der Bundesstraße) als auch Normalladestationen für längere Ladeintervalle zu installieren.

Um die Bürger*innen über die neue Ladeinfrastruktur zu informieren und die Nutzung von Elektrofahrzeugen zu fördern, wird eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt.

Nach der Inbetriebnahme der Ladeinfrastruktur erfolgt eine kontinuierliche Überwachung und Evaluierung der Nutzung und Auslastung der Ladesäulen. Auf Basis der erhobenen Daten wird die Ladeinfrastruktur weiter optimiert und bei Bedarf erweitert, um eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen und den Bedürfnissen der Nutzer gerecht zu werden.

Der Ausbau der Ladeinfrastruktur bietet regionale Wertschöpfungspotenziale, da lokale Unternehmen in die Installationsarbeiten eingebunden werden können und die Elektromobilität vor Ort gestärkt wird. Darüber hinaus kann die erhöhte Attraktivität der Region für Besucher und Touristen mit Elektrofahrzeugen zu weiteren wirtschaftlichen Vorteilen führen.

Insgesamt ist der Ausbau der Ladeinfrastruktur eine zentrale Maßnahme, um die Elektromobilität in der Verbandsgemeinde zu fördern, die Umweltbelastung zu reduzieren und die Nachhaltigkeit des Verkehrssystems zu verbessern. Diese Initiative unterstützt die langfristigen Klimaziele der Gemeinde und trägt zu einer umweltfreundlichen und modernen Mobilitätsstruktur bei.

Zielgruppe	Bürger*innen
Initiator/Verantwortung	Verwaltung Investoren und Betreiber solcher Infrastruktur Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Kommunen Investoren
Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Flächen ausfindig machen 2. Einpflegen der Flächen ins Flächentool 3. Betreuung der Ausschreibung und Verhandlung mit den Firmen 4. Beauftragung des Ausbaus 5. Errichtung der Ladesäulen
Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Betreiber der Ladesäuleninfrastruktur ▶ Eigene Mittel der Verbandsgemeinde ▶ Fördermittel
Bewertungsfaktoren	
Energie- und THG-Einsparpotenziale	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt Durch den Ausbau der Ladesäulen sollen mehr Menschen dazu bewegt werden auf die Elektromobilität umzusteigen. Durch die geringeren Emissionen und die höhere Effizienz von Elektrofahrzeugen soll so eine Treibhausgaseinsparung erfolgen
Umsetzungskosten	▶ Tiefbaumaßnahmen bei der Errichtung der Ladesäulen
Personalaufwand	Mittel
Regionale Wertschöpfung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kann sehr hoch ausfallen, je nachdem wie regional die Firma sitzt, die die Ladesäulen errichtet ▶ Eventuelle Strombereitstellung durch die Genossenschaft (in diesem Fall 100 %)
Flankierende Maßnahmen	E 2, M 3

Attraktivierung des ÖPNV sowie der Fuß- und Radwege

HANDLUNGSFELD MOBILITÄT

M 2

Umsetzungsintervall	Start und Dauer	Priorität
<input type="checkbox"/> Einmalig <input checked="" type="checkbox"/> Dauerhaft	Mittelfristig (3-5 Jahre)	★★★★★

Leitziel	Ausweitung des ÖPNV – auch abends und an Wochenenden Verbesserung des Radwege- und Fußwegenetzes Sanierung von Bestandswegen
Ausgangslage	Viele der Höhengemeinden sind nur schwer mit den öffentlichen Verkehrsmittel zu erreichen. Hinzu kommen teilweise marode oder ganz fehlende Radwege, die den Umstieg aufs Fahrrad erschweren. Gerade die Erreichbarkeit der Busse wurde bei der Auftaktveranstaltung vermehrt angesprochen. Ebenso die Lücken im Radwegenetz

Maßnahmenbeschreibung

Die Verbesserung und passgenaue Abstimmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) an die Bedürfnisse der Bürger*innen der Verbandsgemeinde ist ein entscheidender Schritt, um die Attraktivität und Nutzungsrate des ÖPNV zu steigern und damit einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zu leisten. Ziel dieser Maßnahme ist es, ein flexibles, effizientes und gut vernetztes ÖPNV-Angebot zu schaffen, das den Anforderungen und Lebensgewohnheiten der Menschen in der Gemeinde gerecht wird und ihnen eine bequeme und nachhaltige Mobilitätsalternative bietet.

Ein zentraler Bestandteil der Maßnahme ist die Erweiterung des bereits bestehenden Rufbussystems. Rufbusse sind flexibel einsetzbare Kleinbusse, die Fahrgäste nach vorheriger Anmeldung an festgelegten Haltepunkten abholen und zu ihrem Ziel innerhalb des Gemeindegebiets bringen. Dieses System ermöglicht eine passgenaue Anpassung des ÖPNV-Angebots an die tatsächliche Nachfrage, insbesondere in weniger dicht besiedelten oder schwer zugänglichen Gebieten, in denen ein herkömmlicher Linienverkehr nicht wirtschaftlich oder praktikabel ist. Rufbusse bieten den Vorteil, dass sie auch zu Randzeiten, an Wochenenden oder in abgelegeneren Ortsteilen Fahrten anbieten können, die auf die spezifischen Bedürfnisse der Bürger*innen abgestimmt sind.

Gerade diese Punkte wurden bei der Auftaktveranstaltung kritisiert und sollen im Rahmen der Gespräche mit dem Rhein-Nahe-Nahverkehrsbund (RNN) besprochen werden.

Ebenfalls zählt auch die Steigerung der Öffentlichkeitsarbeit rund um die Thematik dazu. Die Bürger*innen sollen auf die Maßnahmen die der Nahverkehrsbund ihnen bietet aufmerksam gemacht werden, um auch dort eine möglichst hohe Auslastung zu generieren. Dies trägt wiederum zu einer weiteren Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs bei.

Die Attraktivierung und der Ausbau des Fuß- und Radwegenetzes sind zentrale Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität in der Verbandsgemeinde. Ziel dieser Maßnahmen ist es, den Rad- und Fußverkehr als umweltfreundliche Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu stärken und damit einen Beitrag zur Reduzierung von CO₂-Emissionen und zur Steigerung der Lebensqualität vor Ort zu leisten. Ein gut ausgebautes und attraktives Wegenetz soll mehr Menschen dazu ermutigen, das Fahrrad oder die eigenen Füße als Hauptverkehrsmittel für kurze und mittlere Strecken zu nutzen.

Ein wesentlicher Bestandteil der Maßnahme ist die Verknüpfung des Fuß- und Radwegenetzes mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Hierzu wird eine Wegeplanung entwickelt, die Radfahrer und Fußgänger optimal mit den bestehenden und geplanten Haltestellen des ÖPNV verbindet. Um die Kombination von Rad- und Bus- oder Bahnfahrten zu erleichtern, werden an den Haltestellen sichere und komfortable Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geschaffen. Hierzu gehören trockene Stellplätze sowie Ladestationen für E-Bikes, die es den Nutzern ermöglichen, ihre Räder sicher abzustellen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Maßnahme liegt auf der Schaffung sicherer Radwege. Bestehende Radwege sollen entsprechend den aktuellen Standards ausgebaut werden und an Stellen, die als besonders unfallträchtig gelten, werden gezielte bauliche Maßnahmen ergriffen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. So soll ein durchgehendes und gut vernetztes Wegenetz geschaffen werden, das sowohl innerörtliche Verbindungen als auch den Anschluss an überregionale Radrouten sicherstellt.

Ein besonderer Fokus wird auf die Schließung bestehender Lücken im Radwegenetz gelegt. Oft fehlen kurze Verbindungsstücke, die die Attraktivität und die Sicherheit des gesamten Radwegenetzes erheblich beeinträchtigen. Durch gezielte Maßnahmen sollen diese Lücken geschlossen werden, sodass ein nahtloses und komfortables Radfahren über längere Strecken ermöglicht wird. Auch Fußwege sollen überprüft und, wo notwendig, ausgebaut oder instandgesetzt werden, um die Barrierefreiheit zu gewährleisten und eine sichere Fortbewegung für alle Nutzergruppen, einschließlich älterer Menschen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, sicherzustellen.

Zielgruppe	Bürger*innen Kommunen Touristen
Initiator/Verantwortung	Verwaltung Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Kommunen und Fördermittelgeber Planungsbüros Betreiber der Busunternehmen Klimaschutzmanagement
Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Auswertung der für die Konzepterstellung gesammelten Daten des Busverkehrs 2. Gespräche mit den Unternehmen über eine bessere/ andere Taktung und die Abstimmung mit den Fahrzeiten der Züge 3. Konkretes Erfassen der Wünsche von Bürger*innen über die Anpassung der Fahrpläne 4. Ausarbeitung des vermehrten Einsatzes von Rufbussen <ol style="list-style-type: none"> 1. Bestandsaufnahme wo Rad- und Fußwege fehlen 2. Abstimmung mit den beteiligten Akteuren sowie die Planung der Maßnahme 3. Akquise von Fördermitteln 4. Ausschreibung und Vergabe

Finanzierung & Förderung	▶ Förderung durch Zuwendungen
Bewertungsfaktoren	
<i>Energie- und THG-Einsparpotenziale</i>	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt <p>Die Erleichterung des Umstieges auf den Öffentlichen Personennahverkehr, das Rad oder den Weg zu Fuß, verhindert Fahrten mit dem Auto. So werden an dieser Stelle aktiv Treibhausgase eingespart. Wenn 500 Personen pro Woche 50 km mit dem ÖPNV anstatt mit dem Pkw zurücklegen, werden 182 t CO₂e/a vermeiden.</p>
<i>Umsetzungskosten</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Personalaufwand (intern und extern) ▶ Kosten für Planer und Baumaßnahmen beim Rad- und Fußwegenetz
<i>Personalaufwand</i>	Wie hoch ist der Personalaufwand?
<i>Regionale Wertschöpfung</i>	▶ 100 % -> durch die Attraktivierung des Fuß- und Radwegenetzes wird die Region lebenswerter. Neben der Nutzung um eine Alternative fürs Auto zu bieten, steigert es auch den Freizeitwert innerhalb der Verbandsgemeinde.
Flankierende Maßnahmen	ÖA 1

Car-Sharing**M 3****HANDLUNGSFELD MOBILITÄT**

Umsetzungsintervall	Start und Dauer	Priorität
<input type="checkbox"/> Einmalig <input checked="" type="checkbox"/> Dauerhaft	Kurzfristig (1-3 Jahre)	★★★★★

Leitziel	Verminderung des motorisierten Individualverkehrs
Ausgangslage	Aktuell besteht noch kein Car-Sharing Modell auf dem Gebiet der Verbandsgemeinde. Durch die ländliche Struktur ist genau abzuwägen, wie und wo Bedarf besteht. Die Thematik wurde auf der Auftaktveranstaltung wiederholt vorgetragen und sich als konkrete Maßnahme gewünscht

Maßnahmenbeschreibung

Die Einführung und Förderung von Car-Sharing-Angeboten in der Verbandsgemeinde soll zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen, zur Verringerung des Verkehrsaufkommens und zur Entlastung von Parkflächen beitragen. Car-Sharing bietet den Bewohnern eine flexible und nachhaltige Alternative zum privaten Autobesitz, indem Fahrzeuge gemeinschaftlich genutzt werden. Diese Maßnahme unterstützt die Mobilitätswende und trägt zur Reduktion des individuellen CO₂-Fußabdrucks bei.

Die Förderung von Car-Sharing in der Verbandsgemeinde zielt darauf ab, den Verzicht auf einen Zweitwagen zu erleichtern, wo immer dies möglich ist, und damit einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen und zur Entlastung der Straßen zu leisten.

Viele Haushalte besitzen einen Zweitwagen, der oft nur gelegentlich genutzt wird, jedoch hohe Kosten verursacht und wertvolle Parkflächen beansprucht. Durch ein gut ausgebautes Car-Sharing-Angebot können diese Zweitwagen ersetzt werden, ohne dass die Mobilität eingeschränkt wird.

Um dies zu erreichen, soll eine Kombination aus verschiedenen Car-Sharing-Optionen geschaffen werden, die eine flexible Nutzung für alle Bedürfnisse und Gegebenheiten ermöglicht. Einerseits sollen Car-Sharing-Stationen an zentralen Orten wie Bahnhöfen oder an öffentlichen Einrichtungen eingerichtet werden.

Andererseits wird das Konzept eines „Dorfautos“ entwickelt, bei dem in ländlichen Gebieten gemeinschaftlich genutzte Fahrzeuge von Bürgern verwaltet werden. Diese Fahrzeuge stehen in der Nähe der Wohnorte zur Verfügung und können flexibel von der Dorfgemeinschaft genutzt werden.

Zielgruppe	Bürger*innen Vereine Touristen und Besucher
Initiator/Verantwortung	Verwaltung Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Kommunen

Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Vergleich der verschiedenen Anbieter und Möglichkeiten 2. Informieren aller relevanten Akteure und Vorstellen der Ergebnisse 3. Ausschreibung 4. Einführung der ersten Autos auf dem Gebiet der Verbandsgemeinde
Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Sponsoring ▶ Genossenschaft ▶ Eigene Mittel für einmalige oder monatliche Ausgaben (je nach Modell)
Bewertungsfaktoren	
<i>Energie- und THG-Einsparpotenziale</i>	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt Durch den Verzicht auf konventionelle Antriebe beim Car-Sharing findet eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen indirekt statt
<i>Umsetzungskosten</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Personalaufwand (intern) für das aufarbeiten der verschiedenen Modelle und die Organisation von Veranstaltungen ▶
<i>Personalaufwand</i>	Mittel
<i>Regionale Wertschöpfung</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Je nach Car-Sharing Modell kann sich die Genossenschaft beteiligen
Flankierende Maßnahmen	E 2, ÖA 1
Hinweise	Es soll die Kombination von zwei Car-Sharing Modellen angestrebt werden. Durch die ländliche Struktur der Verbandsgemeinde gibt es mehr Hürden als im städtischen Raum. Durch die Synergie der beiden Systeme soll das bestmögliche Ergebnis erzielt werden

Flächenentsiegelung

HANDLUNGSFELD KLIMAAANPASSUNG

KA 1

Umsetzungsintervall **Start und Dauer** **Priorität**
 Einmalig Dauerhaft Kurzfristig (1-3 Jahre) ★★★★★

Leitziel	Entsiegelung von Flächen
Ausgangslage	Durch verschiedenen Starkregenereignisse der letzten Jahre ist die Sensibilität zum Thema Entsiegelung enorm gestiegen. Wasser soll bestmöglich versickern können, um nicht zur Gefahr zu werden. Die Entsiegelung war eines der Hauptthemen beim Klimaanpassungsworkshop bei der Auftaktveranstaltung

Maßnahmenbeschreibung

Die Flächenentsiegelung ist eine zentrale Maßnahme im Klimaschutzkonzept, die darauf abzielt, bereits versiegelte Flächen wie Asphalt- oder Betonflächen zu öffnen und wieder in einen naturnahen Zustand zu versetzen. Diese Maßnahme trägt erheblich zur Verbesserung des Mikroklimas bei, mindert die Auswirkungen von Hitzeinseln und fördert die lokale Biodiversität. Durch die Reduzierung versiegelter Flächen wird die natürliche Versickerung von Regenwasser ermöglicht, was die Grundwasserneubildung unterstützt und das Risiko von Überschwemmungen durch Starkregenereignisse verringert.

Im Rahmen der Flächenentsiegelung sollen gezielt versiegelte Flächen, die nicht zwingend für den Verkehr oder andere Infrastruktureinrichtungen benötigt werden, renaturiert oder mit wasserdurchlässigen Belägen ersetzt werden. Hierzu zählen ungenutzte Parkplätze, ehemalige Gewerbeflächen, sowie Straßen- und Wegränder, die zu begrünten Flächen oder Beeten umgestaltet werden können. Eine wichtige Maßnahme ist die Einrichtung von Pilotprojekten, die beispielhaft zeigen, wie versiegelte Flächen erfolgreich entsiegelt und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

Begleitende Informationskampagnen und Teilnehmungsformate sollen das Bewusstsein für die Bedeutung der Flächenentsiegelung im Klimaschutz schärfen und die Akzeptanz fördern. Darüber hinaus können finanzielle Anreize und Förderprogramme zur Entsiegelung privater Flächen und zur Begrünung von Dächern und Fassaden bereitgestellt werden.

Die Flächenentsiegelung trägt somit wesentlich zur Anpassung an den Klimawandel bei, indem sie die Widerstandsfähigkeit gegenüber Extremwetterereignissen erhöht, das Mikroklima verbessert und die Lebensqualität der Bürger steigert. Zudem leistet sie einen wertvollen Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt und zur nachhaltigen Entwicklung. Die Maßnahme ist langfristig angelegt.

Zielgruppe	Kommunen Bürger*innen Grundschulen Handel, Gewerbe und Landwirte
Initiator/Verantwortung	Verwaltung Klimaschutzmanagement

Akteurinnen & Akteure	Vereine Grundschulen Privatpersonen
Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Erstellen einer Übersicht mit versiegelten Flächen die Potenzial zur Entsiegelung bieten 2. Abstimmung mit allen relevanten Akteuren 3. Überlegung von Maßnahmen wie dort entsiegelt werden könnte 4. Organisation der Entsiegelung
Finanzierung & Förderung	▶ Landes- oder Bundesfördermittel
Bewertungsfaktoren	
Energie- und THG-Einsparpotenziale	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt Auf den entsiegelten Flächen wächst deutlich mehr als das vorher der Fall war. Pro Hektar Grünfläche werden 181 t CO ₂ e gebunden.
Umsetzungskosten	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kosten für die Baumaßnahmen, je nach Art Entsiegelung ▶ Neues Saatgut ▶ Kosten für Veranstaltungen
Personalaufwand	Niedrig
Regionale Wertschöpfung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kleine, lokale Baufirmen können die Arbeiten der Entsiegelung durchführen ▶ Die Gemeinden sehen grüner und schöner aus mit mehr entsiegelten Flächen (gut für den Tourismus)
Flankierende Maßnahmen	ÖA 1, ÖA 3, ÖA 4
Hinweise	Die Einführung eines Entsiegelungstages soll der Aktion etwas mehr Beachtung schenken und die Motivation steigern (Wettbewerbsformat)

Kataster über Ausgleichsflächen

HANDLUNGSFELD KLIMAAANPASSUNG

KA 2

Umsetzungsintervall **Start und Dauer** **Priorität**

Einmalig Dauerhaft Kurzfristig (1-3 Jahre) ★★☆☆

Leitziel	Erstellung eines Katasters über die Ausgleichsflächen der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe
Ausgangslage	Aktuell ist ein solches Kataster nicht vorhanden. Der direkte Überblick über Flächen die bereits als Ausgleichsfläche gekennzeichnet sind oder bei denen Potenzial besteht, erleichtert die Arbeit. Außerdem können auf dieser Weise Flächen pro aktiv so ausgewählt werden, dass sie beispielsweise als Trittsteinbiotope dienen. Die Maßnahme entstand im Rahmen der Erstellung des Konzeptes

Maßnahmenbeschreibung

Die Einrichtung eines Katasters über Ausgleichsflächen soll die nachhaltige und effektive Nutzung von Flächen fördern, die zur Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft geschaffen wurden. Ein solches Kataster bietet eine umfassende Übersicht über alle vorhandenen Ausgleichsflächen innerhalb der Verbandsgemeinde, einschließlich ihrer Lage, Größe, Art der Nutzung, ökologischen Funktion und Pflegeverpflichtungen.

Es dient als zentrales Instrument zur Planung, Überwachung und Verwaltung von Flächen, die zur Erhaltung der biologischen Vielfalt, zur Verbesserung des Landschaftsbildes und zur Minderung negativer Umweltauswirkungen beitragen.

Ziel dieser Maßnahme ist es, Transparenz über vorhandene Ausgleichsflächen zu schaffen, die effektive Verwaltung und Pflege dieser Flächen sicherzustellen und die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben zu gewährleisten. Das Kataster soll eine digitale Datenbank enthalten, die regelmäßig aktualisiert wird und Informationen zu allen relevanten ökologischen und rechtlichen Aspekten der Ausgleichsflächen bereitstellt. Es ermöglicht eine gezielte Kontrolle der Maßnahmenumsetzung, eine effiziente Flächennutzung und eine bedarfsgerechte Anpassung der Pflege- und Entwicklungspläne.

Zielgruppe	Verwaltung
Initiator/Verantwortung	Verwaltung Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Ehrenamtliche Naturschutzbeauftragte der Verbandsgemeinde Externes Planungsbüro zur Erfassung der Flächen
Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Informationen einholen und präsentieren, wie ein solches Kataster aussehen könnte 2. Miteinbeziehen aller relevanten Akteure innerhalb der Verwaltung 3. Ausschreibung des Auftrages 4. Erstellen des Katasters 5. Fortlaufende Aktualisierung

Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Landes- oder Bundesfördermittel ▶ Eigene Mittel
Bewertungsfaktoren	
<i>Energie- und THG-Einsparpotenziale</i>	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt <p>Durch die Auswahl an Flächen über das Kataster können wesentlich mehr Aspekte in die Entscheidung mit einfließen. So können auch Kriterien wie die Klimaanpassung bei der Auswahl berücksichtigt werden</p>
<i>Umsetzungskosten</i>	▶ Kosten für ein Planungsbüro zur Erstellung des Katasters
<i>Personalaufwand</i>	Niedrig (intern)
<i>Regionale Wertschöpfung</i>	▶ Kaum gegeben

Netzwerk für (Food-)Sharing Angebote

HANDLUNGSFELD KLIMAAANPASSUNG

KA 3

Umsetzungsintervall	Start und Dauer	Priorität
<input type="checkbox"/> Einmalig <input checked="" type="checkbox"/> Dauerhaft	Kurzfristig (1-3 Jahre)	★★★★★

Leitziel	(Food-)Sharing Angebote in der Verbandsgemeinde etablieren
Ausgangslage	Aktuell gibt es noch kein offizielles Netzwerk innerhalb der Verbandsgemeinde, worüber eine solche Tauschplattform betrieben wird. Der Punkt wurde oft bei der Auftaktveranstaltung in Waldalgesheim genannt. Die Bürger*innen wünschen sich ein Format, um nicht nur Lebensmittel zu teilen, sondern beispielsweise auch Geschirr, wenn eine Party veranstaltet wird. Dies reduziert die Nutzung von Einmalprodukten

Maßnahmenbeschreibung

Die Einführung von Sharing Angeboten in der Verbandsgemeinde ist eine Maßnahme, die darauf abzielt, Lebensmittelverschwendung zu reduzieren, die lokale Gemeinschaft zu stärken und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Das Sharing bedeutet die kostenlose Weitergabe überschüssiger oder nicht mehr benötigter Lebensmittel an andere Menschen, um deren Wegwerfen zu verhindern. Diese Maßnahme fördert ein nachhaltiges Konsumverhalten und sensibilisiert die Bevölkerung für den bewussten Umgang mit Ressourcen. Bei Gegenständen, die nicht essbar sind soll die Plattform wie eine Art „Verleihdienst“ funktionieren (Beispiel Geschirr).

Um das System in der Verbandsgemeinde zu etablieren, soll eine zentrale Plattform geschaffen werden, die als Anlaufstelle für alle Beteiligten dient. Diese Plattform könnte sowohl digital, in Form einer Website oder App, als auch physisch, durch die Einrichtung von sogenannten „Fair-Teiler“-Stationen, in öffentlichen Räumen wie Gemeindehäusern oder sozialen Treffpunkten, realisiert werden. Hier können überschüssige Lebensmittel aus privaten Haushalten, lokalen Supermärkten, Restaurants und Bäckereien gesammelt und kostenlos angeboten werden.

Ebenso kann die App oder Webseite genutzt werden, um Dinge zu erfragen oder anzubieten, die zum Verleih stehen.

Zielgruppe	Bürger*innen
Initiator/Verantwortung	Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Restaurantbesitzer Landwirte Winzer Bäcker

Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Vergleich verschiedener Anbieter von Sharing-Plattformen 2. Vorstellung der Ergebnisse und Festlegung 3. Bewerben bei relevanten Akteuren 4. Nutzung der Plattform über Öffentlichkeitsarbeit bekannt machen
Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Fördermittel ▶ Eigene Mittel der Kommune ▶ Sponsoren
Bewertungsfaktoren	
Energie- und THG-Einsparpotenziale	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt <p>Solche Angebote fördern einen nachhaltigen Konsum, reduzieren Abfall und verkürzen die Wege der Leute (Strecken müssen nicht mehr mit dem Auto gefahren werden, sondern können mit dem Fahrrad zurückgelegt werden)</p>
Umsetzungskosten	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Eventuelle monatliche Rate für die Nutzung der Plattform ▶ Stromkosten falls Kühlschränke betrieben werden müssen
Personalaufwand	Gering
Regionale Wertschöpfung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Sehr hoch. Lokale Anbieter können so auf sich aufmerksam machen
Flankierende Maßnahmen	ÖA 1, KA 4

Lokal und heimisch einkaufen
HANDLUNGSFELD KLIMAANPASSUNG

KA 4

Umsetzungsintervall **Start und Dauer** **Priorität**
 Einmalig Dauerhaft Kurzfristig (1-3 Jahre) ★★★★★

Leitziel	Förderung von regionalem und saisonalem Einkaufen
Ausgangslage	Beschreibung der Ausgangsvoraussetzungen, die in diesem Handlungsfeld in der Kommune oder dem Landkreis bestehen.

Maßnahmenbeschreibung

Die Förderung des lokalen und heimischen Einkaufs in der Verbandsgemeinde zielt darauf ab, die regionale Wirtschaft zu stärken, die Transportwege zu verkürzen und damit den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Durch den Kauf von Produkten aus der Region werden lokale Erzeuger und Betriebe unterstützt, was zur Wertschöpfung vor Ort beiträgt. Gleichzeitig wird die Umweltbelastung durch geringere Transportemissionen und kürzere Lieferketten minimiert.

Um dies zu erreichen, sollen Informationskampagnen und Marketingmaßnahmen entwickelt werden, die die Vorteile regionaler Produkte hervorheben. Die Schaffung eines lokalen Gütesiegels und die Unterstützung von Hofläden und regionalen Verkaufsstellen sollen den Zugang zu heimischen Produkten erleichtern. Zudem ist die Zusammenarbeit mit Einzelhändlern und Erzeugern zu fördern, um ein breites Angebot an regionalen Produkten in Supermärkten und Geschäften sicherzustellen.

Diese Maßnahmen stärken die regionale Identität, fördern eine nachhaltige Kaufentscheidung und leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz durch die Reduzierung von Transportemissionen und die Förderung nachhaltiger Produktionsweisen.

Zielgruppe	Bürger*innen
Initiator/Verantwortung	Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Landwirte Winzer Einzelhändler
Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Übersicht über Erzeuger in der Verbandsgemeinde erlangen (was wird wo hergestellt und angebaut) 2. Idee der Hofläden oder Straßenstände bewerben 3. Eröffnung eines Straßenstandes mit Produkten aus der Verbandsgemeinde
Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Fördermittel des Landes ▶ Eigene Mittel der Kommunen

Bewertungsfaktoren

<i>Energie- und THG-Einsparpotenziale</i>	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt Die Transportwege werden verkürzt und damit der CO ₂ -Ausstoß reduziert. Auch die Wege der Kunden, um etwas zu kaufen verkürzen sich
<i>Umsetzungskosten</i>	▶ Kosten für den Verkaufsstand
<i>Personalaufwand</i>	Gering
<i>Regionale Wertschöpfung</i>	▶ Sehr hoch. Es sollen nur regionale Produkte verkauft werden
Flankierende Maßnahmen	ÖA 1, KA 3

Starkregenkonzept

HANDLUNGSFELD KLIMAAANPASSUNG

KA 5

Umsetzungsintervall	Start und Dauer	Priorität
<input checked="" type="checkbox"/> Einmalig <input type="checkbox"/> Dauerhaft	Mittelfristig (3-5 Jahre)	★★★★★

Leitziel	Synergien schaffen zwischen dem Klimaschutzkonzept und dem Starkregenkonzept
Ausgangslage	Starkregen war das am häufigsten angesprochen Thema beim Handlungsfeld Klimaanpassung. Die Starkregenereignissen in der Verbandsgemeinde nehmen immer mehr zu. Hier sollen zwischen der Klimaanpassung und dem Starkregenkonzept Synergien geschaffen werden

Maßnahmenbeschreibung

Die Maßnahme zielt darauf ab, Synergien zwischen dem Starkregenkonzept und dem Klimaschutzkonzept der Verbandsgemeinde zu schaffen, um die Klimaanpassung zu verbessern und gleichzeitig, hinsichtlich zukünftiger Extremwetterereignisse, besser vorbereitet zu sein. Angesichts zunehmender Starkregenereignisse, die durch den Klimawandel begünstigt werden, ist es notwendig, Schutzmaßnahmen zu entwickeln, die sowohl die Risiken für die Bevölkerung minimieren als auch einen Beitrag zur Klimaanpassung leisten.

Zentrale Maßnahmen umfassen die Kombination von baulichen und natürlichen Schutzmaßnahmen zur Bewältigung von Starkregen. Dazu gehören die Förderung der Flächenentsiegelung, die Schaffung von Grünflächen, Retentionsflächen und Regenwasserrückhaltebecken, die nicht nur den Wasserabfluss verlangsamen, sondern auch das Mikroklima in der Gemeinde verbessern. Gleichzeitig sollten Maßnahmen wie die Begrünung von Dächern und Fassaden und der Einsatz von wasserdurchlässigen Belägen gefördert werden.

Zielgruppe	Bürger*innen
Initiator/Verantwortung	Planer des Starkregenkonzeptes Verwaltung Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Alle am Starkregenkonzept beteiligten Akteure
Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Erstellung des Starkregenkonzeptes durch einen externen Dienstleister 2. Screening des Konzepts auf Maßnahmen die sich mit den Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept verbinden lassen 3. Einbindung aller relevanten Akteure 4. Akquirieren von Fördermitteln 5. Beauftragung der Umsetzung der Maßnahmen
Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Fördermittel ▶ Eigene Mittel der Verbandsgemeinde

Bewertungsfaktoren

<i>Energie- und THG-Einsparpotenziale</i>	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt Durch die Verminderung von Folgeschäden eines Starkregenereignisses werden enorme Mengen an Treibhausgasen eingespart
<i>Umsetzungskosten</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bauliche Maßnahmen ▶ Kosten für das externe Planungsbüro
<i>Personalaufwand</i>	Mittel
<i>Regionale Wertschöpfung</i>	▶ Durch die Vermeidung von Schäden durch Starkregenereignisse
Flankierende Maßnahmen	KA 1, KA 7

Verschattungsmaßnahmen / Hitze
HANDLUNGSFELD KLIMAAANPASSUNG

KA 6

Umsetzungsintervall **Start und Dauer** **Priorität**
 Einmalig Dauerhaft Kurzfristig (1-3 Jahre) ★★☆☆

Leitziel	Förderung von Verschattungsmaßnahmen in der Verbandsgemeinde
Ausgangslage	Bei der Auftaktveranstaltung wurden die bisher fehlenden Maßnahmen in diese Richtung bemängelt. Es wird auch hier im Sommer immer heißer, weshalb aktiv etwas gegen die Hitze unternommen werden muss

Maßnahmenbeschreibung

Die Förderung von Verschattungsmaßnahmen ist ein wichtiger Umsetzungspunkt innerhalb der Verbandsgemeinde, um die Auswirkungen steigender Temperaturen und häufiger auftretender Hitzeperioden zu mindern.

Verschattung durch Bäume, begrünte Dächer, Fassaden und Sonnensegel kann zur Abkühlung des städtischen Mikroklimas beitragen, die Aufenthaltsqualität in öffentlichen Räumen verbessern und den Energieverbrauch für Klimaanlage in Gebäuden reduzieren.

Im Rahmen dieser Maßnahme sollen gezielt schattenspendende Elemente an stark frequentierten öffentlichen Plätzen, entlang von Gehwegen und an Fassaden von Gebäuden etabliert werden. Dazu gehören die Anpflanzung von heimischen, hitzeresistenten Bäumen, die Installation von Pergolen oder Sonnensegeln auf öffentlichen Plätzen sowie die Förderung von Dach- und Fassadenbegrünungen. Diese Maßnahmen sorgen für kühlende Effekte durch Verdunstung und senken die Temperaturen in ihrer Umgebung, was zur Reduzierung der Hitzeinseln beiträgt.

Zusätzlich sollen städtebauliche Planungen und Bauvorschriften angepasst werden, um mehr Verschattungsmöglichkeiten zu schaffen. Neue Bauvorhaben und Sanierungsprojekte sollten verpflichtet werden, Verschattungselemente in ihre Planungen zu integrieren. Begleitend dazu wird eine Informationskampagne initiiert, die Bürger und Unternehmen über die Vorteile von Verschattungsmaßnahmen aufklärt und dazu motiviert, selbst aktiv zu werden, z.B. durch die Pflanzung von Bäumen in privaten Gärten oder die Begrünung von Terrassen und Balkonen.

Zielgruppe	Bürger*innen Kommunen
Initiator/Verantwortung	Kommunen Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Bürger*innen

Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Herausarbeiten von Plätzen und Möglichkeiten die Verschattungsmaßnahmen „aufzustellen“ 2. Auswahl der konkreten Maßnahme die durchgeführt werden soll 3. Information aller relevanten Akteure 4. Ausschreibung der Maßnahme 5. Überarbeitung der Bauvorschriften
Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Fördermittel ▶ Eigene Mittel der Kommune
Bewertungsfaktoren	
Energie- und THG-Einsparpotenziale	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt <p>Durch die Verschattung und die Absenkung der Temperatur an Gebäuden kann der Betrieb von Klimageräten reduziert werden. Außerdem tragen die gepflanzten Bäume und die Dach- und Fassadenbegrünung nicht nur zur Kühlung bei, sondern binden auch Kohlenstoffdioxid</p>
Umsetzungskosten	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kosten für Bäume und Saatgut ▶ Kosten für Baumaßnahmen wie das Anbringen von Halterungen bei Fassadenbegrünung ▶ Kosten für die Planung und den Aufbau von Sonnensegeln
Personalaufwand	Mittel
Regionale Wertschöpfung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bauaufträge können an lokale Firmen vergeben werden, ebenso können lokale Unternehmen die Gestaltung der Grünflächen übernehmen. ▶ Die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum verbessert sich deutlich
Flankierende Maßnahmen	ÖA 1, KA 7

Wasser**KA 7****HANDLUNGSFELD KLIMAAANPASSUNG****Umsetzungsintervall**
 Einmalig Dauerhaft
Start und Dauer

Kurzfristig (1-3 Jahre)

Priorität

★★★★★

Leitziel	Ausbau von Trinkwasserspendern in der Verbandsgemeinde
Ausgangslage	An gut besuchten, öffentlichen Plätzen sollen Trinkwasserspender installiert werden. Durch die immer heißeren Sommer ist eine ausreichende Versorgung mit Flüssigkeit immer wichtiger. Um dabei die Umwelt zu entlasten eignen sich Trinkwasserspender hervorragend. Die Maßnahme wurde im Rahmen der Auftaktveranstaltung priorisiert

Maßnahmenbeschreibung

Die Installation von Trinkwasserspendern in der Verbandsgemeinde ist eine wichtige Maßnahme, um die Auswirkungen von steigenden Temperaturen und häufigeren Hitzeperioden auf die Bevölkerung abzumildern und die allgemeine Gesundheit zu fördern. Trinkwasserspender in öffentlichen Räumen bieten jederzeit freien Zugang zu frischem Wasser und helfen, Dehydratation und hitzebedingte Gesundheitsprobleme zu verhindern.

Diese Maßnahme zielt darauf ab, die Zahl der öffentlich zugänglichen Trinkwasserspender zu erhöhen. Zudem sollen Bürger und Besucher durch eine Informationskampagne über die Standorte der Trinkwasserspender und die Bedeutung ausreichender Flüssigkeitszufuhr bei hohen Temperaturen aufgeklärt werden.

Die Bereitstellung von Trinkwasserspendern unterstützt nicht nur die Gesundheit der Bevölkerung, sondern reduziert auch den Verbrauch von Einweg-Plastikflaschen, da die Menschen ermutigt werden, wiederverwendbare Flaschen zu nutzen. Dies trägt zur Abfallvermeidung bei und senkt die CO₂-Emissionen, die mit der Produktion, dem Transport und der Entsorgung von Plastikflaschen verbunden sind.

Durch die Förderung von Trinkwasserspendern als Maßnahme zur Klimaanpassung wird die Widerstandsfähigkeit der Gemeinde gegenüber Hitzeperioden gestärkt. Die Maßnahme verbessert die Aufenthaltsqualität in öffentlichen Räumen, unterstützt nachhaltige Konsumgewohnheiten und leistet einen wertvollen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge und zum Klimaschutz.

Zielgruppe	Bürger*innen
Initiator/Verantwortung	Klimaschutzmanagement
Akteurinnen & Akteure	Wasser Zweckverband Wasserleitungsgenossenschaft Oberdiebach Verwaltung Kommunen

Handlungsschritte & Meilensteine	<ol style="list-style-type: none"> 1. Evaluierung des Bedarfs an Wasserspendern an öffentlichen Plätzen 2. Bewerben der Idee und Festlegung auf ein Modell 3. Ausschreiben der Maßnahme 4. Bauphase 5. Inbetriebnahme der Trinkwasserspender
Finanzierung & Förderung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Fördermittel ▶ Eigene Mittel der Kommunen
Bewertungsfaktoren	
Energie- und THG-Einsparpotenziale	<input type="checkbox"/> Direkt <input checked="" type="checkbox"/> Indirekt <p>Einsparungen durch die Vermeidung von Abfall und Einwegflaschen, Änderung des Konsumverhaltens und Anwendung zu Hause (durch Wasser aus dem Hahn oder durch das nachträgliche Anreichern mit Kohlensäure kann auf Plastikflaschen verzichtet werden). Durch Produktion, Abfüllung und Transport erzeugt Mineralwasser aus der Flasche bis zu 30 kg CO₂ pro Jahr und Kopf*</p>
Umsetzungskosten	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Anschaffungskosten ▶ Bauarbeiten ▶ Tiefbauarbeiten
Personalaufwand	Gering
Regionale Wertschöpfung	▶ Hoch, da sich die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum deutlich verbessert
Flankierende Maßnahmen	ÖA 1, KA 6
Hinweise	In Bacharach-Steeg befindet sich bereits ein Trinkwasserspender

*<https://www.co2online.de/klima-schuetzen/nachhaltiger-konsum/energiespartipps-im-haushalt/#c27199>